: antifaschistische nachrichten Nr. 11

g 3336 31.5.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Bei dem diesjährigen Treffen der Gebirgsjäger in Mittenwald hielt der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt, Mitglied der CSU und des „Kameradenkreises der Gebirgsjäger", die zentrale Rede zum fünfzigsten Jubiläum des Kriegsdenkmals bei Mittenwald. Die Bundeswehr hatte 71 Soldaten zur Teilnahme abgestellt.

Unter den mindestens 1500 Feiernden waren zahlreiche nicht verurteilte Kriegsverbrecher aus der 1. Gebirgsdivision, die die Massaker u.a. in Komeno und Kephallonia zu verantworten haben.

Anwesend war auch Josef Scheungraber, der in Italien wegen 14-fachen Mordes in Falzano zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Scheungraber ist als Befehlshaber für die grausame Ermordung von 14 Menschen im Juni 1944 in dem toskanischen Dorf Falzano bei Arezzo verantwortlich. Das italienische Militärgericht in La Spezia hat ihn Ende September 2006 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Seine Einheit hatte als „Vergeltung" gegen Partisanenangriffe 15 Zivilisten in ein Bauerhaus gesperrt und es gesprengt. Alle im Haus bis auf einen 15-jährigen Jungen starben.

Ebenfalls bei der Feier am Hohen Brendten waren Veteranen der faschistischen Mussolini-Division Monterosa und die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger".

Während des Feldgottesdienstes entrollten AntifaschistInnen Transparente u.a. mit der Aufschrift: „Keine Ruhe für NS-Täter" und riefen Parolen gegen das militaristische Treiben. Die AntifaschistInnen wurden rabiat von den bayeri-

Pfingsttreffen des Kameradenkreises der Gebirgstruppe:

Proteste trotz Demonstrationsverbot am Hohen Brendten

schen Polizeitruppen des USK festgenommen und in Polizeigewahrsam demütigenden Leibesvisitationen unterzogen.

Die Teilnahme von Christian Schmidt als hochrangiger Vertreter des Verteidigungsministeriums ist ein Affront für die Angehörigen der ermordeten italienischen Soldaten von Kephallonia. Marcella De Negri, Tochter des auf Kephallonia ermordeten Hauptmanns Cap. Francesco De Negri, zeigte sich auf der Gegenkundgebung am Samstag entsetzt über die Teilnahme der Bundeswehr an der Veranstaltung der Mörder ihres Vaters. Sie setzte sich erneut für die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Otmar Mühlhauser in München ein.

Die Bundeswehr hatte im Vorfeld eine Gedenkkundgebung an die Opfer des Nationalsozialismus verhindert. Der Arbeitskreis Distomo war daher bis vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Lars Reissmann vom AK Distomo kritisierte, das BVerfG habe sich mit dem Versammlungsrecht bewusst nicht auseinandergesetzt, um die Gedenkkundgebung auf ein Parkplatzproblem zu reduzieren und zu Gunsten des „Kameradenkreises" zu entscheiden. Das sei ein Schlag ins Gesicht der NS-Opfer.

Am Freitag wurde in Ottobrunn und Dillingen, den Wohnorten von Josef Scheungraber und Otto Mühlhauser, gegen Straflosigkeit dieser beiden Kriegsverbrecher demonstriert.

Am Pfingstsamstag hatte der AK Angreifbare Traditionspflege und die VVN eine Veranstaltung mit Marcella und Enzo De Negri und Paola Fioretti, die Kinder von auf Kephallonia durch Gebirgstruppen ermordeten italienischen Soldaten, mit dem griechischen Partisanen Nikos Fokas und dem österreichischen Wehrmachtsdeserteur Richard Wadani organisiert.

Am Nachmittag wurde die Erinnerungspolitik in Bezug auf die NS-Verbrechen und aktuelle Militäreinsätze der Bundeswehr diskutiert. Es kam zu einer Spontankundgebung vor dem Lokal, in dem die Gebirgsjäger ihren Kameradschaftsabend abhielten. Auf einer Dauerkundgebung wurden die ganze Nacht zum Gedenken etwa tausend Namen von Opfern der Gebirgsjägermassaker auf Kephallonia, in Kommeno und Lyngiades verlesen.

In der Nacht wurden 3 Männer aus Garmisch und aus dem Landkreis Landsberg



von der Polizei festgenommen. Eine scharfe Waffe, Kal. 7,65 und zwei Schießkugelschreiber und mehrere Messer wurden sichergestellt. Die drei Personen gaben an, so der Polizeibericht, sie hätten sich entschlossen, das Ehrenmal zu schützen.

Am Sonntag prägte wieder der Protest gegen den reaktionären Mummenschanz auf dem Hohen Brendten den Garnison- und Touristenstandort Mittenwald. An der abschließenden Demonstration beteiligten sich 350 Menschen. Ausrufe am Rande der Demonstration hatten wie in den Vorjahren diffamierenden und faschistischen Inhalt. Doch nach fünf Jahren des Protests bröckelt in Mittenwald der Konsens, Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger zu rechtfertigen oder zu verharmlosen. Selbst der Kameradenkreis kann nicht mehr ganz umhin, die Kriegsverbrechen der Gebirgstruppen einzuräumen.

Mittenwald, 27.5.2007, AK Angreifbare Traditionspflege, Email: angreifbare.tradition@freenet.de, AK Distomo: Internet: mittenwald.blogsport.de ■



Kampagnenticker 29.5.07: 73.336 Unterschriften

Inhalt:

Erneuter Nazi-Aufmarsch in Krefeld

KREFELD. Die NPD ruft für Samstag, den 21. Juli, erneut zu einer Demonstration in Krefeld auf. Unter dem Motto „Meinungsfreiheit auch für Deutsche" soll die Demonstration um 12 Uhr am Krefelder Hauptbahnhof beginnen und sich gegen die angebliche „Kriminalisierung von national denkenden Menschen" richten, wie es in dem Aufruf heißt. Hintergrund ist ein Übergriff von zwei NPD-Sympathisanten auf einen Schwarzafrikaner am 22. Februar in Krefeld. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass die beiden Angreifer (Michael J. und Sandy S.) auch an dem am 13. Februar – analog zu Dresden – von Neonazis in Krefeld durchgeführten Aufmarsch teilgenommen hatten. Unterstützt wird der Aufmarsch am 21. Juli bislang von der NPD in Nordrhein-Westfalen, NPD-Gliederungen aus Krefeld, Mönchengladbach, Düren, Neuss, Wattenscheid und Heinsberg, den „Jungen Nationaldemokraten" (JN) aus Köln und Bocholt, „Nationalisten aus Neuss", der „Kameradschaft Aachener Land" (KAL), der „Meerbuscher Jugend", von „freier widerstand.de" und der niederländischen NVU. *VVN-BdA MG* ■

Geldstrafe für „Republikaner"-Stadtrat

DÜSSELDORF. Das Landgericht hat den Düsseldorfer „Republikaner"-Stadtrat Jürgen Krüger wegen Wählertäuschung zu einer Geldstrafe in Höhe von 6400 Euro verurteilt. Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass Krüger in 139 Fällen, sein Mitstreiter, ein 34-jähriger Rechtsassessor (1800 Euro Geldstrafe), in mindestens 45 Fällen, Wähler getäuscht hatten, um auf möglichst einfache Weise viele Unterstützungsunterschriften für die Zulassung der „Republikaner" zur Landtagswahl 2005 zu sammeln. Das Gericht blieb bei seinem Urteilsspruch allerdings hinter der Forderung der Staatsanwaltschaft zurück. Die hatte für Krüger u.a. eine Bewährungsstrafe von 15 Monaten und für den Rechtsassessor eine Geldstrafe in Höhe von 4200 Euro gefordert. Das Gericht hatte während des Verfahrens 270 Zeugen angehört und 500 Urkunden ausgewertet. *hma* ■

Rechte Großdemo in Brüssel

WETZLAR/BRÜSSEL. Der gemeinnützige Verein „Pax Europa" um den Buchautor und „überzeugten (Kern-)Europäer" Udo Ulfkotte will am 11. September in Brüssel eine Großdemonstration gegen eine angeblich „schleichende Islamisierung Europas" durchführen. Bei der unter dem Motto „Stop the Islamification of Europe!" durchgeführten Demonstration soll dem EU-Kommissionspräsidenten eine Petition übergeben werden. Parallel dazu sollen auch Demonstrationen in Australien, Kanada und den USA stattfinden, die von „Partnerorganisationen" des Vereins organisiert werden.

Mit dem nun jährlich stattfindenden Aktionstag soll „Druck auf die Politik ausgeübt werden", damit sich diese „wieder für den Erhalt der Wertegemeinschaft des westlichen Kulturkreises" einsetze, heißt es in dem Aufruf. Zu diesem Zweck wollen „Partnerorganisationen" von „Pax Europa", wie z.B. die dänische „SIAD", auch eigene Parteien gründen.

Der beim Amtsgericht Wetzlar eingetragene Verein will laut Satzung über „die Ausbreitung des Islam in Europa und die damit verbundenen Folgen für das Staatswesen" informieren und tritt für einen „Erhalt der Wertegemeinschaft der christlich-jüdisch geprägten europäischen Kultur" ein. *hma* ■

Annaberg-Gedenkfeier fand nicht mehr statt

SCHLIERSEE. Die Landsmannschaft der Oberschlesier sagte die umstrittene Annaberg-Gedenkfeier im oberbayerischen Schliersee kurzfristig ab. Trotzdem demonstrierten über 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten am 20. Mai 2007 vor Ort und hoffen, dass ihr Kommen 2008 nicht mehr nötig ist.



Einzelne Nazis, vor allem Anhänger der Traditionsgemeinschaft Freikorps Oberland, ließen sich trotzdem blicken und wurden von der Polizei, die starke Kräfte aufgeboten hatte, geschützt. Die Polizei war zurückhaltender als sonst, führte aber penible Kontrollen gegen die Antifaschistinnen und Antifaschisten durch, es gab mindestens eine Festnahme.

Das breite Bündnis war ein voller Erfolg, nur die SPD Miesbach scherte aus



und führte mit 15 Personen eine eigene Kundgebung am Vortag durch. *Chl* ■

mehr Infos zum Freikorps Oberland uns seinen Nachfolgeorganisationen auf: www.freikorps-oberland.de.

Nazis ehren SS-Mann Priebke in Bad Kissingen

BAD KISSINGEN. Der Altnazi und verurteilte Kriegsverbrecher Erich Priebke erhielt am Sonntag, 13.5.2007, den so genannten „Huttenpreis" der rechtsextremen „Gesellschaft für Freie Publizistik". Priebke soll nach Angaben der GFP zur Preisverleihung in Bad Kissingen per Liveschaltung aus Rom dem Jahreskongress der „Gesellschaft für Freie Publizistik" beigewohnt haben. Priebke ist als ehemaliger SS-Offizier mitverantwortlich für die Hinrichtung von 335 Zivilisten am 24. März 1944 in Italien. Aufgrund seines angeschlagenen Gesundheitszustands verbüßt Priebke die Haftstrafe im Hausarrest.

Zur diesjährigen Tagung der „Gesellschaft für Freie Publizistik" (GFP) in Bad Kissingen vom 11. bis 13. Mai 2007 kamen ca. 200 Teilnehmer. Die GFP organisiert Jahreskongresse, an denen insbesondere Autoren, Wissenschaftler und Politiker aus dem rechtskonservativen bis rechtsextremen Spektrum teilnehmen. Sie sind ein Ort für rechte Strategiediskussionen, mit denen die GFP versucht, unter anderem durch Preisverleihungen Einfluss auf die Gegenwartspublizistik zu nehmen. Die „Gesellschaft für Freie Publizistik" hat etwa 500 Mitglieder. Nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus dem Jahr 2005 handelt es sich um die „größte rechtsextremistische Kulturvereinigung" in Deutschland; sie gilt als der NPD nahe stehend. *nah* ■

Antifa fordert Kinderfest

RÜSSELSHEIM. Über zweihundert Nazis, ein Mega-Aufgebot (Bild-Zeitung) der Polizei mit Hubschrauber, Räumpanzer, Polizeisonderkommandos und Hundestaffeln haben nicht nur bei den erwachsenen RüsselsheimerInnen einschneidende Erinnerungen hinterlassen. Noch viel lebendiger sind die Ereignisse vom 1. Mai bei den jüngsten RüsselsheimerInnen.

Gerade bei Kindern aus dem Ramsee-Viertel, den Siedlungen und aus Migrantenfamilien ist das Erlebte psychologisch unverarbeitet. Es gab ganze Familien ausländischer Herkunft, die aus Angst Rüsselsheim am 1. Mai verlassen haben. Kinder und Jugendliche waren extrem verunsichert. Außerdem wurden Kinder von der Polizei gehindert, am 1. Mai die elterliche Wohnung im Ramsee zu betreten und mussten so auf den Straßen am Rugbyring standen.

Allein diese nur beispielhaft aufgeführten Fakten sollten die Rüsselsheimer PolitikerInnen und die Stadt Rüsselsheim dazu veranlassen, ein antifaschistisches Kinderfest zu organisieren. Das Fest sollte noch vor den Sommerferien stattfinden, mit einem altersgerechten Kulturprogramm, aber auch mit Kletterwänden und Hüpfburgen..

Rüsselsheims Kinder haben ganz einfach ein Recht auf eine kulturelle Bereicherung, nachdem sie nicht nur ein Großaufgebot der Polizei und Nazihorden mit Führergruß und „Sieg-Heil-Rufen" erdulden mussten. Die Stadt Rüsselsheim und die PolitikerInnen können hier bei den „Kleinen" wieder etwas gutmachen, was sie zu verantworten haben. Wollte Rüsselsheim nicht eine „kinderfreundliche Stadt" werden? Gelegenheit dazu haben die Verantwortlichen jetzt!

Antifa Rüsselsheim/Raunheim ■

Drohungen gegen Landtagsabgeordnete

NORDENHAM. Ina Korter fühlt sich bedroht. Die Grünen-Landtagsabgeordnete aus dem Landkreis Wesermarsch fand jetzt an ihrem Auto, das in Rodenkirchen abgestellt war, einen Zettel mit dem Text „Grüne Pest brauchen wir in Rodenkirchen nicht" vor. Und nach ihren Angaben war es nicht das erste Mal, dass sie von mutmaßlichen Rechtsradikalen ins Visier genommen wurde. Sie sei bereits mehrere Male am Telefon bedroht worden, so die stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion. Zum Beispiel habe ihr kürzlich ein Anrufer entgegengeschmettert, dass „das grün-sozialistische Gesocks ausgerottet" werde.

Die Politikerin hat nun Strafanzeige erstattet und alle Politiker aufgefordert, es ihr gleich zu tun, sofern auch sie von Rechts drangsalisiert werden sollten. Ihr Appell: „Gegen eine Verletzung der demokratischen Grundrechte müssen wir uns gemeinsam wehren!"

Thomas Klaus ■

Zulauf für die NPD Thüringen

Die Zahl der NPD-Mitglieder hat in Thüringen einen Höchststand erreicht. Das geht nach Informationen des MDR aus dem Verfassungsschutzbericht 2006 hervor, der am Donnerstag von Innenminister Karl-Heinz Gasser offiziell vorgestellt werden soll. Demnach hatte die rechtsextremistische Partei bereits im vergangenen Sommer mehr als 380 zahlende Anhänger; inzwischen seien es über 450. Im Jahr 2005 waren es noch 250 Mitglieder. Das thüringische Innenministerium wollte die Zahlen nicht bestätigen. Gestiegen ist dem Bericht zufolge auch die Zahl der gewaltbereiten Neonazis. Das Landesamt für Verfassungsschutz spreche inzwischen von einem Kern von bis zu 600 gewaltbereiten Rechtsextremisten. Thüringen bleibe auch ein Anziehungsort für Skinheadkonzerte. Im vergangenen Jahr habe es mindestens 20 Konzerte mit teilweise mehreren hundert Besuchern gegeben.

Quelle: AOL-News vom 22.5.07 ■

Votum gegen NPD-Mann

REINHARDTSDORF-SCHÖNA. Die Mitglieder des Heimatvereins Schöna wählen Mario Viehrig aus dem Vorstand. Dieser will sich deshalb gänzlich aus dem Verein zurückziehen.

Mario Viehrig, 43-jähriger NPD-Gemeinderat in Reinhardtsdorf-Schöna, sitzt nicht länger im Vorstand des Heimatvereins Schöna. Er wurde auf der Mitgliederversammlung am Freitagabend aus dem Gremium gewählt. Der Abstimmung ging eine heftige Diskussion voraus, sie selbst fiel dann jedoch mit 21 zu acht Stimmen ziemlich eindeutig aus.

Vereinschef Michael Wacker hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht. Seiner Ansicht nach stand Viehrig im Widerspruch zur Arbeit des Heimatvereins. Weil er sich nicht nur kürzlich gegen den Willen der Gemeinde für ein NPD-Fußballturnier in die Reinhardtsdorfer Turnhalle eingeklagt hatte. Sondern dort zudem noch mit einem T-Shirt mit der Aufschrift „Fit fürs Reich" aufgetreten war.

Bürgermeister Olaf Ehrlich (parteilos), selbst Vereinsmitglied, begrüßte die Entscheidung der Mitgliederversammlung. Viehrig kündigte gegenüber der Sächsischen Zeitung im Nachhinein seinen gänzlichen Austritt aus dem Heimatverein an, weil sich eine Zusammenarbeit nach seiner Aussage jetzt nicht mehr lohne. Das Tragen des provozierenden T-Shirts bereue er jedoch nicht; er werde es wieder anziehen, sagte er.

Quelle: Sächsische Zeitung, 21.5.2007 ■

Naziaufmarsch für Freilassung von Holocaustleugnern

HERFORD. So genannte „Freie Kameradschaften" aus Nordrhein-Westfalen und die „Nationale Offensive Schaumburg" (NOS) beziehungsweise Nienburg wollen am Samstag, 30. Juni 2007, unter dem Motto „Gesinnungsparagraphen abschaffen! – Freiheit für alle nationalen politischen Gefangenen!" in Herford demonstrieren.In mittelbarer Nachbarschaft zum Collegium Humanum wollen die Neonazis ihre Solidarität mit den „inhaftierten Kameraden" und Holocaustleugnern Ernst Zündel, Germar Rudolf, Michael Regener und Axel Reitz öffentlich verkünden. Auf einer „Zwischenkundgebung in unmittelbarer Nähe der JVA Herford" soll Solidarität mit dem dort einsitzenden Neonazi Sven Kahlin zum Ausdruck gebracht werden. Dieser hatte am 28. März 2005 in Dortmund den Punk Thomas „Schmuddel" Schulz ermordet.

Während der Kundgebung soll auch eine Spendensammlung für die „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene" (HNG) durchgeführt werden.

Anlässlich des Naziaufmarsches hat die Antifa Herford für den 30. Juni eine Gegendemonstration und fünf weitere Mahnwachen beziehungsweise Kundgebungsplätze angemeldet.

Die antifaschistische Demonstration beginnt um 9.00 Uhr mit einer Auftaktkundgebung am Alten Markt. Um 10.00 Uhr ist folgende Route angemeldet worden, die mit einer Abschlusskundgebung am Bahnhofsvorplatz enden soll: Alter Markt - Gehrenberg - Höckerstraße - Lübbertor - Berlinerstraße- Auf der Freiheit - Abteistraße - Radewigerstraße - Gänsemärkt - Janup - Auf der Freiheit - Bahnhofsstraße - Bahnhofsvorplatz

Die antifaschistische Gruppe ruft alle Herforder Bürgerinnen und Bürger dazu auf, mit aller Vehemenz gegen die neonazistischen Aktivitäten zu demonstrieren. „Nichts wünschen sich die Nazis mehr, als ungestört ihre menschenverachtende Politik in die Öffentlichkeit zu tragen. Das kann nur durch Gegendemonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit und nicht durch „aktives" Wegsehen erreicht werden", heißt es im aktuellen antifaschistischen Flugblatt der Antifa, welches bereits am 21. Mai zu Hunderten an die Schülerinnen und Schüler des Friedrichs und Ravensberger Gymnasiums verteilt wurde.

Mehr Infos auf: www.hiergeblieben.de ■

Neonazistischer „Europatag" in Bayern

ERLANGEN. Am 5. Mai trafen sich in Erlangen Neonazis aus Deutschland, Österreich, Ungarn, Schweiz und Dänemark auf Einladung der Jungen Nationaldemokraten (JN) zum „Europatag". Andreas Thierry sprach laut JN-Homepage über das „juristisch einmalige" NS-Verbotsgesetz und Volker Dorn (Pseudonym) rief „den Gästen die erst kürzlich erfolgten Repressionen gegen die 3 Kameraden des BFJ (Bund Freier Jugend) ins Gedächtnis". Unter dem Titel „Wir rufen Europa!" prangerten die versammelten Neonazis zum Abschluss „die politische Verfolgung in Österreich an": „Die Verhaftung der drei jungen, anständigen und geachteten Deutsch-Österreicher Rene

Hönig, Stefan Magnet und Michael Scharfmüller ist nur die Spitze des Eisberges, was den Gesinnungsterror in Österreich, dem heute unfreiesten Staat Europas, anbelangt. [...] Wir fordern das stalinistische Regime in Österreich auf, die Verfolgung der Anständigen zu beenden und alle politischen Gefangenen in Österreich frei zu lassen. Die Unterzeichner fordern alle europäischen Nationalisten und freiheitsliebenden Europäer auf, solange auf die Verfolgung nationaler Deutsch-Österreicher hinzuweisen, bis das verfassungs- und völkerrechtswidrige ‚NS-Verbotsgesetz' abgeschafft ist. Die Häscher des Regimes bei Justiz, Politik und Medien, die die Verfolgung der anständigen Österreicher zu verantworten haben, müssen europaweit namhaft gemacht und angeprangert werden." Unterzeichnet wurde die „Petition" u. a. von einem Verband der Opfer des NS-Verbotsgesetzes und der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB).

Kurz nach dem JN-Treffen in Erlangen äußerte sich auch die Mutterpartei zum „Gesinnungsterror" in Österreich: Die Sächsische Landesgruppe der NPD empörte sich in einer Aussendung über die fortgesetzten Ermittlungen gegen die Führungsriege des BfJ. Diese wurden mittlerweile auch auf die Mutterorganisation Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AfP) ausgedehnt: Am 9. Mai kam es bundesweit zu mehreren Hausdurchsuchungen bei AfP-Aktivisten, wie die NPD berichtet. Die AfP wird in diesem Zusammenhang als eine „der NPD nahe stehende[n] Organisation des nationalen Widerstandes" bezeichnet. Der stellvertretende NPD-Vorsitzende Holger Apfel, 2003 und 2006 Referent bei den „Politischen Akademien" der AfP, versprach abschließend, dass man „auch weiterhin die österreichischen Kameraden bei der Auseinandersetzung mit den Systemparteien unterstützen" werde.

Neues von Rechts Mai 2007
www.doew.at ■

Bundestagsdebatte zum Thema Rechtsextremismus

Am 11. Mai debattierte der Bundestag über die Gefahren des Rechtsextremismus an Hand der Antworten der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion (vom März 2006), die kürzlich nach einem Jahr eingegangen waren.

Sowohl der Vertreter der Bundesregierung, Staatssekretär Christoph Bergner vom Bundesinnenministerium, als auch Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion versuchten dabei, trotz der vorliegenden und dokumentierten Fakten die Gefahren des Rechtsextremismus zu verharmlosen und die Debatte vor allem in Richtung einer „Bedrohung" durch linken Extremismus umzufunktionieren.

Die Sprecher der Linksfraktion U. Jelpke, P. Pau und F. Spieth mahnten eindringlich Konsequenzen aus dem offensichtlichen Anwachsen rechtsextremer Aktionen und Gewalttaten an und auch Vertreter von SPD und Grünen wandten sich gegen den Versuch, Rechtextremismus und Linksextremismus gleichzusetzen.

Die Kritik von Linksfraktion und Grünen an der Neuausrichtung der Bundesprogramme gegen Rechts, die vielfach zur Einstellung von Initiativen führt, wiesen die Vertreter der Regierungskoalition zurück, zeigten ihren „Stolz" über eine geringe Ausweitung des Finanzrahmens in ihrem Konzept.



Einem Verbot der NPD standen die verschiedenen Abgeordneten ablehnend bis skeptisch gegenüber. Der Antrag der Linksfraktion auf Abschaltung der V-Leute in der NPD wurde schließlich abgelehnt.

Auch dem erneuten Drängen von Petra Pau nach Schaffung einer unabhängigen „Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus. Antisemitismus (früher schon einmal vom Bundestag beschlossen, aber nicht realisiert) mochte die Bundestagsmehrheit nicht nachgeben.

Ein weiterer Antrag der Linksfraktion nach erneuter Umorientierung der Bundesprogramme gegen Rechts zugunsten stärkerer Unterstützung gesellschaftlicher Initiativen wurde in die Ausschüsse verwiesen.

Newsletter derAG Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linkspartei. PDS, Antifa aktuell 5 / 2007 ■

Verfassungsschutzbericht: Anwachsendes Bedrohungspotenzial von Rechts

Berlin. Am 15. Mai stellten Bundesinnenminister Schäuble und der Chef des Inlandsgeheimdienstes Fromm den Verfassungsschutzbericht 2006 vor. Schäubles Vortrag mit seiner „Sorge" über die Aktivitäten der gewaltbereiten linksextremistischen Autonomen vor allem mit Blick auf den G 8-Gipfel lagen dabei auf der gleichen Linie wie die oben erwähnten Reden der CDU/CSU-Vertreter in der Bundestagsdebatte.

Der Bericht selbst bestätigt jedoch vor allem die Einschätzungen der Linkspartei und der anderen antifaschistischen Kräfte und Organisationen zum stetig anwachsenden Bedrohungspotenzial von Rechtsaußen. Er kommt nicht umhin, das Anwachsen der NPD auf rund 7 000 Mitglieder, die Existenz von 160 Kameradschaften, die Annäherung von NPD und Kameradschaften, das Einsickern von immer mehr Neonazis in Führungsfunktionen der NPD auch in den Landesverbänden, das Anwachsen der Zahl rechtsextremistischer Straftaten um fast 15 Prozent auf 18.142 oder zahlreiche Waffenfunde bei Neonazis zu benennen.

Unter den rechtsextremistisch motivierten Straftaten haben Körperverletzungen im letzten Jahr von 816 auf 919 zugenommen, Propagandadelikte von 10.881 auf 12.627 und Volksverhetzung von 2.277 auf 2592. Dabei steht außer Zweifel, dass bei der gängigen Behördenpraxis noch eine beträchtliche Dunkelziffer existiert.

Hinsichtlich der Verteilung der rechtsextremistischen Gewalttaten auf die einzelnen Bundesländer stehen nach der absoluten Zahl Nordrhein-Westfalen (145), Niedersachsen (138), Sachsen- Anhalt (111). Berlin (102), Baden-Württemberg (99) und Brandenburg (90) an der Spitze, bezogen auf je 100.000 Einwohner führen Sachsen-Anhalt (4,49), Brandenburg (3,52), Berlin (3,00), Thüringen (2,36) und Schleswig-Holstein (2.29) die traurige Statistik an.

Der Verfassungsschutzbericht 2006 ist abrufbar unter www.verfassungsschutz.de und kann auch beim BMI über die Website als Mail angefordert werden.

Newsletter derAG Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linkspartei. PDS, Antifa aktuell 5 / 2007 ■

62. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau

Die diesjährige Gedenkveranstaltung des Internationalen Lagerkomitees Dachau (CID) war überschattet von der Forderung seines Präsidenten Pieter Dietz de Loos, Eintrittsgelder für den Besuch der Gedenkstätte zu verlangen.

Der Sohn des KZ-Häftlings Dirk de Loos hatte vor knapp zwei Jahren die Nachfolge von General André Delpech angetreten. Damit hatte erstmals ein Vertreter der zweiten Generation das Präsidium des CID übernommen. Als Hauptredner auf der Gedenkveranstaltung zur Befreiung des KZ im Jahr 2006 hatte er in ungewöhnlicher Schärfe die finanzielle Situation der Gedenkstätte geschildert und die bayerische Staatsregierung an ihre Verantwortung für deren Erhalt und Weiterentwicklung gemahnt. Dieses Jahr hatte de Loos mit seiner Forderung nach der Erhebung von Eintrittsgeldern für den Besuch der Gedenkstätte Dachau im Vorfeld der Gedenkfeier für einen Eklat gesorgt. Die Direktorin der Gedenkstätte, Barbara Distel, hatte sich gegenüber der SZ (9.5.07) „entsetzt“ über diesen Vorschlag gezeigt, und der Leiter der Stiftung bayerischer Gedenkstätten, Andreas Heldrich, wurde mit der Bemerkung zitiert: „Das kommt überhaupt nicht in Frage.“ Wie die SZ weiter berichtete, hat das CID seit 2001 ein Drittel seiner Einnahmen verloren, zudem seien seit 2003 die EU-Zuschüsse weggefallen.

Dieses Jahr nahmen an die 1000 Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung am 13.5. auf dem ehemaligen Appellplatz des KZ Dachau teil. Die Grüße der bayerischen Staatsregierung überbrachte der Staatssekretär im Kultusministerium Karl Freller. Diese habe die Gedenkstätte in den letzten 15 Jahren mit viel Engagement weiter entwickelt.

Als Beispiele nannte Freller den neuen Zugang zur Gedenkstätte, den Spatenstich für das Servicegebäude, sowie die vor vier Jahren erfolgte Gründung der Stiftung bayerischer Gedenkstätten. Er erinnerte an die historische Verantwortung der Deutschen und versprach, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus dauerhaft zu sichern.

Dachau mahne zum „Kampf um Frieden und Völkerverständigung“. CID-Präsident Pieter Dietz de Loos hielt die Hauptrede auf deutsch und französisch. Seinen Dank an die Befreier drückte er außerdem in englischer, sein Gedenken an die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen in russischer Sprache aus. Er betonte die besondere Bedeutung des KZ Dachau, ohne das weder Krieg noch Auschwitz möglich gewesen seien. Er sprach seinen Dank an all diejenigen aus, die durch ihre Unterstützung des CID die Arbeiten und Projekte des letzten Jahres ermöglicht hätten. Dazu zählten eine italienische Übersetzung des Museumskatalogs, mehrsprachige Gottesdienste, sowie ein Seminar von Vertretern der zweiten und dritten Generation im letzten



Dirk de Loos (l.) und André Delpech mit Kranz

Herbst. Zu den laufenden Projekten des CID zählen laut de Loos die Weiterentwicklung der Gedenkstätte zu einem Zentrum historischer und pädagogischer Forschung mit den Schwerpunkten „Entwicklung des Systems der Konzentrationslager“ und „Dachau als Ort des Widerstands“, der Bau des Besucherzentrums, sowie die Einrichtung eines Solidarfonds der Lagergemeinschaft für Individuen, die unter „erbärmlichen Umständen“ leben müssen.

Um solche Projekte zu ermöglichen und die Zukunft der Gedenkstätte zu sichern, sei die Erhebung von Eintrittsgeldern nötig. Der Vorschlag sei von den staatlichen bayerischen Behörden „mit Wohlwollen“ aufgenommen worden, und könnte über eine Vereinbarung zwischen dem CID und dem Staat umgesetzt werden. Die Maßnahme sei ungewöhnlich, aber nicht präzedenzlos. Das CID habe die Reaktionen in der Presse studiert, und bedanke sich „ganz herzlich bei denjenigen, die negativ reagiert haben.“ Aus seiner Geschichte sei das deutsche Volk dazu verpflichtet, den freien Zugang zu seinen Gedenkstätten zu ermöglichen. Die zur Zeit zur Verfügung gestellten Geldmittel seien dazu aber unzureichend. Für jährlich 800.000 Besucher habe die Gedenkstätte lediglich 6 ½ Personalstellen.

Mehrere Teilnehmer der Gedenkveranstaltung taten ihren Unmut über die geplanten Eintrittsgelder deutlich kund. Der Münchner Friedensaktivist und ehemalige KZ-Häftling Martin Löwenberg zeigte sich über solche Pläne verärgert, und verwies darauf, dass die Mehrheit des Komitees sie ebenfalls ablehne.

Fb ■

Die Verantwortung für eine sachgerechte Finanzierung der Gedenkstätte obliegt, wie de L oos feststellte, dem deutschen Volk, also Bund und L ändern. Zwar hat sich der Bund in seinem Gedenkstättenkonzept von 1999 dazu verpflichtet, die Situation der Gedenkstätte Dachau „real zu verbessern“, zugleich jedoch die Förderung primär als Aufgabe der Kommunen und Länder definiert. Bundesgelder wurden wesentlich an Landesgelder geknüpft, und institutionelle Förderung durch Einzelanträge abgelöst. Vereinbart wurde auch die Gleichstellung im Sinne der Förderung von Opfern der NS-Diktatur mit denen der „SED-Diktatur“. Thomas Lutz, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten und Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors, sieht allerdings in der Praxis ein „eindeutiges Ungleichgewicht zu Gunsten der Gedenkstätten für die Opfer der NKWD- Lager und SED-Diktatur“, die durch die Stiftung „Aufarbeitung des SED-Diktatur“ über weitere „vielfältige Fördermöglichkeiten“ verfügten. Demgegenüber behauptet die CDU/CSU-Fraktion in ihrem Antrag zum Gedenkstättenkonzept vom Mai 2004, dass „trotz des unmittelbaren Zusammenhangs von NS- und kommunistischer Herrschaft ... an die Zeit der SED-Diktatur auf nationaler Ebene nur marginal gedacht“ wird, und fordert neben entsprechenden Korrekturen auch die Erweiterung des Konzepts um die „Opfer von Krieg und Vertreibung“ und die „zivilen Opfer der alliierten Luftangriffe des zweiten Weltkrieges“. Mit der regierungsamtlichen Ausstellung „Flucht und Vertreibung“ konnte sie 2006 einen ersten größeren Erfolg auf ihrem Weg zum Zentrum für Vertreibungen verbuchen. Diese politisch motivierte Haltung der CSU führte dazu, dass notwendige Neueinstellungen in Dachau nicht vorgenommen werden können. Auch die Versöhnungskirche in Dachau leide an Personalmangel, und in Flossenbürg würden sogar Mitarbeiter entlassen, so de Loos laut SZ Dachau (5.5.07). In fünf Jahren stünden sie vor dem Ruin. Laut Haushaltsplan des bayerischen Kultusministeriums 2005/06 bewegte sich die Förderung der Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg 2002-04 im Rahmen von gerade mal 3 Mio. Euro jährlich, inklusive der Mittel für dringend notwendige bauliche Sanierungen. Zum Vergleich: das Holocaust Memorial Museum in Washington erhielt 2005 42 Mio. $ staatliche Förderung. Der Eintritt ist kostenfrei, das Museum unterhält eigene Forschungsprogramme, schult Lehrer, arbeitet an und mit Schulen, und vergibt sogar selber projektorientierte Fördermittel.

Die Lösung in Eintrittsgeldern zu suchen ist sicher nicht unproblematisch in einem Land, das für Erziehung, Bildung und Kultur zunehmend den Einzelnen zur Kasse bittet, und damit finanzschwächere Teile der Gesellschaft ausgrenzt. Und es wäre wohl kaum eine Lösung, die sich die Gefangenen des NS-Regimes gewünscht hätten. Die internationale Öffentlichkeit bekäme womöglich den Eindruck, Deutschland wolle den Besuch von Schülern in NS-Gedenkstätten verhindern, statt ihn zu fördern. Noch könnte die bayerische Staatsregierung einen solchen Eklat verhindern, doch „wer den Frieden will, muss auch bereit sein, ihn zu finanzieren“, so die Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch. *fb* ■

Polizeitaktik behindert Protest gegen Neonazi-Treffen

Am 19.5. fand in Inden-Pier eine konspirativ organisierte Veranstaltung der neonazistischen „Kameradschaft Aachener-Land“ statt. Auf dem Privatgelände des Dürener NPD-Kreisvorsitzenden Ingo Haller in der Professor-von-Capitaine-Straße hatten sich etwa 100 Neonazis – die teils aus dem europäischen Ausland angereist waren – versammelt.

Die als „bundesweites Schlageter-Treffen“ angekündigte Veranstaltung wurde konspirativ vorbereitet und seit Wochen auf einschlägigen Internetseiten der Neonazi-Szene beworben, als Veranstaltungsort wurde der „Raum Aachen“ angegeben. Als Redner waren im Vorfeld neben anderen der Altnazi Otto Riehs und Ralph Tegethoff, NPD-Mitglied und einer der bundesweit wichtigsten Kader der sogenannten „freien Kameradschaften“, angekündigt. Laut einem Bericht in der regionalen Presse haben beide auch gesprochen, ebenso wie der Vorsitzende der niederländischen Neonazi-Partei NVU, Constant Kusters, und der Düsseldorfer Neonazi Sven Skoda. Der ehemalige Funktionär der verbotenen „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ (FAP) Christian Malcoci galt dem Bericht zufolge zudem als Mitorganisator der Veranstaltung. In Pier versammelten sich also eine Reihe der einflussreichsten deutschen Neonazis.

Mit der Verherrlichung des Kapp-Putschisten und Freikorpskämpfers Albert Leo Schlageter, der 1923 wegen Sabotageakten während der Ruhrbesetzung zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, knüpft die „Kameradschaft Aachener-Land“ nahtlos an die Propaganda der historischen Nazis an: Der NSDAP galt Schlageter als Märtyrer und Ikone. In Düren ist ein trauriges historisches Kapitel mit dem Namen Schlageter verbunden. Nach der Machtübertragung an die NSDAP 1933 wurde das „Friedrich-Ebert-Heim“ in der Wernerstraße von der SA besetzt und als „Schlageter-Heim“ fortan als Folterkeller genutzt. Zwei Jahre lang wurden dort kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter und andere Antifaschisten den Prügelorgien der SA ausgesetzt.

Welch kriminelle Klientel sich gestern in Inden-Pier versammelt hat, offenbart ein Blick in den Pressebericht der Polizei: Bei anreisenden „Gästen“ wurden diverse Waffen sichergestellt. Gegen einen 15-jährigen Neonazi aus Stolberg wurde ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz eingeleitet. Ein weiterer Neonazi wurde kurzerhand verhaftet – gegen den verhinderten Teilnehmer lag ein Haftbefehl vor.

Der von der etablierten Politik oftmals diffamierten Antifa Düren ist es erst wenige Stunden vor dem gestrigen Neonazi-Treffen gelungen, den genauen Veranstaltungsort zu recherchieren. Zu einer kurzfristig angemeldeten antifaschistischen Demonstration in Inden-Pier konnten in der Kürze der Zeit rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mobilisiert werden.

Begleitet von einem übertriebenen Polizeiaufgebot (lockeres Spalier durch die Bereitschaftspolizei, vorneweg fuhr ein Kamerawagen der Polizei) protestierten diese rund eineinhalb Stunden durch den Ort und hielten in etwa 50 Meter Entfernung vom Haus des NPD-Kreisvorsitzenden eine kurze Kundgebung ab.

Die geringe Teilnehmerzahl der antifaschistischen Demonstration ist auch ein Ergebnis der Taktik der Dürener Kreispolizeibehörde, die das Treffen der Neonazis geheim gehalten und damit indirekt den Neonazis in die Hände gespielt hat.

Am gestrigen Vormittag hat die Dürener NPD außerdem einen Infostand auf dem Wirteltorplatz abgehalten. Das Dürener Bündnis gegen Rechts war wiederum in der Fußgängerzone präsent und sammelte u.a. 70 Unterschriften für die Kampagne „NPD-Verbot jetzt!“.

Einige Fotos und ein Pressespiegel finden sich auf der Homepage der Antifa Düren: www.antifa-dueren.org ■

Nach der Affäre Filbinger die Affäre Beetz

MANNHEIM. Vier Wochen nach Oettingers Trauerrede für Filbinger wurde ruchbar, dass er die Mannheimer Stadträtin Dorothea Beetz (26) für ein halbes Jahr zu seiner persönlichen Referentin machen wollte. Frau Beetz, die im Mannheimer Gemeinderat fast nicht wahrnehmbar ist, gehörte der Nachwuchsorganisation „Jung-Weikersheim“ seit 2004 an, deren zweite stv. Vorsitzende sie auch schon mal war. Es bedurfte erheblichen Drucks in Oettingers Umgebung, bis dieser Ende der zweiten Mai-Woche auf die Einsstellung verzichtete bzw. Frau Beetz ihren Rückzug bekannt geben ließ. Gleichzeitig trat Beetz nach Bekunden ihres Anwalts aus „Jung- Weikersheim“ aus – mit viel Selbstmitleid und ohne inhaltliche Distanzierung. Sie sei das Opfer einer Hexenjagd geworden, ließ sie mitteilen. Das meint auch der Präsident des Studienzentrums Weikersheim, Bernhard Friedmann, der von Diskriminierung spricht. „Dadurch (wird) jungen Leuten die berufliche Karriere verbaut.“ Er fügte hinzu: „Solche Hetzjagden gab es bisher nur in totalitären Staaten.“ (MM 11.5.07) Eine besonders pikante Verdrehung aller Tatsachen, war doch Filbinger gerade ein herausragender und unnachsichtiger Verfechter der Berufsverbote, und war der Druck auf Oettinger/Beetz demokratischen und antifaschistischen Ursprungs.

Zu Selbstmitleid in Weikersheim gibt es noch weiteren Anlass: Das Veranstaltungsprogramm gerät durcheinander. Weil plötzlich das Auge der Öffentlichkeit auf das unsägliche Studienzentrum gerichtet ist, musste in letzter Minute eine Veranstaltung von Jung-Weikersheim an Hitlers Geburtstag (20.04) abgesagt werden. Referenten: Martin Hohmann, Ex-MdB und Ex-CDUler, bekannt durch seine Rede vom „Tätervolk“ der Juden, sowie sein öffentlicher Verteidiger, Ex-KSKGeneral Reinhard Günzel. *tht* ■



Schönbohm sollte Amt im rechtskonservativem Studienzentrum niederlegen

BRANDENBURG. Der brandenburgische Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Axel Vogel, hat Innenminister Schönbohm aufgefordert, dem Beispiel des Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger zu folgen und sein Amt im umstrittenen rechtskonservativen Studienzentrum Weikersheim niederzulegen. Innenminister Schönbohm ist Vize-Präsident des Studienzentrums.

„Die im Studienzentrum vertretenen Positionen haben immer wieder durch eine gefährliche Unschärfe zwischen konservativem Denken und äußerstem rechten Rand für Aufsehen gesorgt. Es ist allerhöchste Zeit, dass sich der sowohl für Brandenburgs Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus als auch für den Verfassungsschutz zuständige Innenminister von diesem Zirkel abwendet.“

PM BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Brandenburg www.gruene-brandenburg.de ■

Französische Präsidentschaftswahl und danach:

Zerschlagenes Geschirr bei Le Pen(s)

(Teil 2, siehe auch Teil 1 in AN 10-07)

Jean-Marie Le Pen, der seit 50 Jahren in der französischen Politik unterwegs ist – 1956 wurde er Abgeordneter für die kleinbürgerliche Protestbewegung der Poujadisten -, gehört zu einer Generation, die noch klassische Kultur erworben hat. Am Abend des 22. April, dem ersten der beiden Wahlsonntage der französischen Präsidentschaftswahl, zitierte er vor seinen Getreuen aus dem Deuteronium, dem fünften Buch Moses' im Alten Testament. Er wählte die Szene, in welcher der 120-jährige Moses sich gewahr wird, dass er selbst das Gelobte Land nicht mehr schauen wird, wohin er seit Jahrzehnten mit seinem Volk unterwegs ist. „Du wirst diesen Jordan nicht überqueren", sagt ihm sein Gott.

„An diesem Abend hat Le Pen verstanden, dass er es nicht schaffen wird. Dass er nicht in den Elysée-Palast eintreten wird" übersetzt das von rechtsextremen Intellektuellen gemachte Hochglanzmagazin Le Choc du mois in seiner jüngst erschienenen Ausgabe (die Mai-Nummer, die aber erst rund um den 20. Mai erschien) für seine Leser. Es stellt sich also, fügt das Monatsheft hinzu, nunmehr ernsthaft die Nachfolgefrage an der Spitze des Front National. Im Grunde stelle sie sich seit fünf Jahren, obwohl sie bislang in der rechtsextremen Partei tabuisiert worden sei, da den alternden Chef ein Zornesanfall packe, sobald das Reizthema „Das Alter des Kapitäns" angesprochen werde. Im Juni dieses Jahres wird er 79.



FN-Bühne am 1. Mai

Richtungskampf innerhalb der extremen Rechten

In den Reihen des Front National, und der extremen Rechten allgemein, hat schon seit dem Abend des ersten Wahlgangs ein heftiger politisch-ideologischer Schlagabtausch begonnen.

Die Wochenzeitung ‚Minute', die eine Scharnierfunktion zwischen dem Front National und Fraktionen der konservativen Rechten einnimmt, berichtet in ihrer Ausgabe vom 25. April 2007 über eine Wahlfeier, bei der die Fäuste flogen. Am Abend des ersten der beiden Wahlsonntage, dem 22. April, hatte die FN-Parteispitze den Veranstaltungssaal Salle de l'Equinox (Saal der Sonnenwende) am Südrand von Paris im 15. Bezirk angemietet, der sich für die paar Hundert Anwesenden als wesentlich zu groß erweisen sollte. Dort kam es dann zu heftigen Reibereien – aus Anlass des Besuchs des „Komikers" Dieudonné M'bala M'bala. Der frühere Antirassist, der in den letzten Jahren zum Berufsprovokateur und Meister der politischen Konfusion geworden ist, hatte bereits am 11. November 2006 an Le Pens „Präsidentschaftskonvent" in der Pariser Vorstadt Le Bourget teilgenommen. Am 18. Dezember desselben Jahres hatte ein wesentlicher Teil der FN-Führung (darunter Generalsekretär Bruno Gollnisch und die Chef-Gattin Jany Le Pen) am Abschlussschauspiel seiner damaligen Tournée im Pariser Konzerthaus Le Zénith vorbeigeschaut und Prominentenplätze im Saal eingenommen. Nicht jedoch Jean-Marie Le Pen selbst, einerseits um nicht negative Reaktionen in seiner Partei hervorzurufen, wo nicht alle Dieudonné schätzen, und andererseits, um nicht aufgrund von Kontakten zu dem schwarzen französischen Antisemiten eine zu große Angriffsfläche in den bürgerlichen Medien zu bieten. Freilich antwortete Jean-Marie Le Pen am 19. Dezember 2006 im Fernsehsender BFM auf die Frage, was er an Dieudonné lustig finde, ob es dessen Antisemitismus sei, rundheraus: „Ja. Man muss über alles lachen dürfen. Die besten Judenwitze machen schließlich oft Juden selbst."

In den folgenden Monaten hatte Dieudonné mal behauptet, im ersten Wahlgang den parteilosen Linkspopulisten und Globalisierungskritiker José Bové zu unterstützen, dann wieder, in der Stichwahl für die Sozialdemokratin Ségolène Royal zu stimmen – von beiden Kandidaten holte er sich jedoch eine heftige Abfuhr, und sie schlugen jegliche Unterstützung von seiner Seite aus.

Faktisch unterstützte Dieudonné Le Pen. Aber bei den Teilnehmern des Wahlabends am 22. April sahen nicht alle gern sein Kommen. Rund 30 rechtsextreme Hooligans des Pariser Fußballclubs PSG (Paris-Saint Germain) stürzten sich in der Halle auf ihn, um ihn physisch zu malträtieren. In ihren Augen ist Dieudonné nicht in erster Linie der taktische Bündnispartner, sondern der afrikanischstämmige „Mischling", der in der französischen Politik nichts zu suchen hat. Daraufhin musste der DPS, der FN-eigene Ordnerdienst, dem Schwarzen zu Hilfe eilen. ‚Minute' berichtet zur Hälfte amüsiert und zur Hälfte befremdet darüber, wie „einer der historischen Chefs des GUD" (Anm.: des Groupe Union-Défense, also einer rechtsextremen studentischen Schlägertruppe, die von den 1970er Jahren bis in die 1990er Jahre an der Pariser Jurafakultät Assis ihr Unwesen trieb) Dieudonné vor den andringenden Angreifern schützte: Eine solche Szene hätte man sich früher nicht denken können. Der Reporter der rechtsextremen Wochenzeitung berichtet aber auch darüber, wie die DPS-Mitglieder in ihrer Uniform sich zum Kommen von Dieudonné äußerten: „Er hat uns zu viele Stimmen verlieren lassen", mit diesen Worten wird etwa einer von ihnen zitiert. Worauf freilich ein anderer antwortet: „Er hat uns vielleicht ebenso viele gewinnen lassen, wer weiß..."

Trägt Dieudonné Schuld am Rückgang des FN?

An anderer Stelle, in einem langen Artikel unter dem Titel „Die Ursachen für den Flop Le Pens", analysiert ‚Minute' in derselben Ausgabe die Gründe für den Rückgang an Stimmen. Die rechtsextreme Zeitung betrachtet so, im Nachhinein, die u.a. mit dem Namen des Schriftstellers und Wahlkampfberaters Alain Soral verbundenen Versuche der politisch-ideologischen Spurenverwischung und so genannten Entdiabolisierung als schädlich. „Eine Reihe von Signalen an die Franzosen ausländischer Herkunft", schreibt Minute, „von dem Besuch Dieudonnés beim Präsidentschaftskonvent im Herbst bis zum Abstecher Le Pens in Argentueil im April (Anm.: siehe dazu Näheres in unserem vorigen Kapitel), haben dazu beigetragen, einen Teil seiner Wählerschaft zu desorientieren: diese ‚gebürtigen Herkunftsfranzosen' (Français de souche), denen er möglicherweise den Eindruck vermittelt hat, dass er ihnen nicht mehr dieselbe Aufmerksamkeit widmet wie früher."


Vendée-Herz – Symbol der antirepublikanischen Konterrevolution von 1793/94

Sicherlich trifft es zu, dass ein Teil der früheren FN-Wähler, vor allem ihr bürgerlichster und konservativster Teil aus den traditionellen Mittelklassen, sich in diesem neuen Profil des Front National kaum wiedererkannt hat. Im Zweifelsfall zogen sie so das solide konservative Programm und Profil vor. ⟶

Kontroversen vor der Stichwahl

Die politischen Brüche quer durch die extreme Rechte widerspiegeln sich auch in den unterschiedlichen Haltungen zur Wahlempfehlung für die Stichwahl, um die herum es in den Reihen der extremen Rechten zu einer kurzen Kontroverse kam.

Bernard Antony, der ehemalige Chef des katholisch-fundamentalistischen Parteiflügels – der zwar seit Anfang 2006 keine Mitgliedsbeiträge an den FN mehr abführt, ihm aber nach einem abgebrochenen Annäherungsversuch mit Philippe de Villiers nach wie vor nahe steht – rief zu einem frühen Zeitpunkt zu einer Stimmabgabe gegen Ségolène Royal auf. Im Wortlauf rief er „meine Freunde" dazu auf, „gemäß ihrer politischen Intuition zu stimmen, aber in jedem Falle niemals für die Marxistin Ségolène Royal." Dies ließ, nachdem die Wahl der rechtssozialdemokratischen Kandidatin ausgeschlossen worden war, noch das Ungültigstimmen – die abgegebenen ungültigen Stimmen werden in Frankreich in den Endergebnissen aufgelistet – oder die Wahl Nicolas Sarkozys offen.

Der frühere Nationalrevolutionär und jetzige rechtsnationale Wirtschaftsliberale Jean-Gilles Malliarakis, der einstmals den Mouvement nationaliste-révolutionnaire bis zu dessen Spaltung im Jahr 1991 anführte und sich danach (per Umweg über den Front National) an den französischen Thatcheristen Alain Madelin annäherte, hat klar Nicolas Sarkozy unterstützt. Malliarakis, der eine Sendung auf Radio Courtoisie – einem Sender im 16. Pariser Arrondissement, wo diverse Strömungen der konservativen und der extremen Rechten zusammenwirken – leitet, begrüßte „diese außergewöhnliche, historische Mehrheit von 61 Prozent der Stimmen", die er aus dem Zusammenzählen der Stimmen Jean-Marie Le Pens, Nicolas Sarkozys und des Christdemokraten François Bayrou im ersten Wahlgang erhielt. Diese breite rechte Mehrheit, so Malliarakis, müsse jetzt „erlauben, wahrhaftig und ungehindert schon ab Sommer (2007) die Reformen durchzuführen, die das Land benötigt." Er fügte hinzu: „Um den Willen des Volkes, Frankreich voranzubringen, zu bekräftigen, und um morgen die UMP dazu zu zwingen, ihren Versprechen einer Umwälzung treu zu bleiben, dürfen so wenig rechte Stimmen wie möglich und am besten keine rechte Stimme im zweiten Wahlgang fehlen."

Im Gegensatz dazu betonte die „nationalrevolutionäre" Strömung, die (in manchen Aspekten besonders stark dem historischen Faschismus nacheifernd) die soziale, ja „antikapitalistische" Demagogie betont, ihren Willen zu einem Bruch mit der konservativen und wirtschaftsliberalen Rechten. Christian Bouchet, ein alter Aktivist dieser Strömung – der jedoch aufgrund seiner Persönlichkeit und seines Estorik-Hobbys unter seinen früheren Weggefährten eher isoliert ist – Betreiber der Webpage „Vox NR", verteidigt so einerseits die Präsenz von Dieudonné bei der extremen Rechten: „Was seinen Abstecher in der Salle Equinox betrifft: Er hatte dort nichts zu gewinnen, er war dort und hat sich damit eher als Ehrenmann erwiesen als viele Ex-Nationale, die auf ihre weiße Hautfarbe stolz sind, aber sich durch ihre politische Anpassung kompromittiert haben." Andererseits fügt er im Hinblick auf die Wahlabsichten hinzu: „...die Spießer der ‚nationalen Rechten' reihen sich schon jetzt wie ein Mann hinter dem Zwerg aus Neuilly (Anm.: Nicolas Sarkozy) ein. (...) Gestern ‚Nationalisten für Le Pen' und morgen ‚Nationalisten für Ségolène', das hat sehr wohl eine Logik: Jene der Kennzeichnung des Feindes. Und man kann hoffen, dass etwas Positives dabei herauskommt, nämlich die Neugründung eines Front National, der von seinen reaktionären, liberalen und rechtsgerichteten Elementen gesäubert ist, die sich im Augenblick durch ihre Wahlentscheidungen verraten."

Einer ähnlichen Logik folgend, möchte auch der rassenbiologische Ideologe und Anführer des Zirkels Terre et peuple (Volk und Erde) Pierre Vial lieber zur Wahl der „linken" Kandidatin Ségolène Royal aufrufen. Dieser ehemalige FN- und spätere MNR-Kader hat die Partei Bruno Mégrets, den niedergehenden MNR (Mouvement national-républicain), schon Ende 2001 aufgrund dessen Tendenz zum außenpolitischen Atlantizismus enttäuscht wieder verlassen. Am 11. März 2007 saß Pierre Vial in Lyon – in dessen Nachbarstadt Villeurbanne er noch immer im Kommunalparlament sitzt – bei der Großveranstaltung Jean-Marie Le Pens mit auf der Tribüne. Ähnlich wie der ebenfalls eingeladene Bruno Mégret und andere Vertreter rechtsextremer Strömungen außerhalb des FN durfte er mit seiner Anwesenheit glänzen, hatte jedoch (neben Le Pen) kein Rederecht. Vial, der die Vorbereitung auf den „Rassenkrieg" zur Theorie erhoben hat, argumentiert in ähnlicher Richtung wie Christian Bouchet: „Ich werde nicht so naiv sein zu vergesen, dass in der Umgebung Ségolène Royals Leute sitzen, die unsere Feinde sind wie Julien Dray (Anm.: sozialdemokratischer Funktionär, 1985 Mitgründer von SOS Racisme). Aber bei Sarkozy ist es noch schlimmer, auch Simone Veil ist eine Symbolfigur. (Anm.: Liberale Politikerin, jüdische Auschwitz-Überlebende, 1974 als Ministerin für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten 10 Wochen verantwortlich und häufiges Ziel antisemitisch motivierter Attacken durch die extreme Rechte; 2007 unterstützte Veil die Kandidatur Nicolas Sarkozys.) Zweifellos werden Wähler Jean-Marie Le Pens im zweiten Wahlgang in die Falle gehen - einige sind schon im ersten Wahlgang hineingeflogen –, weil Sarkozy von der nationalen Identität spricht und eine Regierung mit harter Hand verspricht. Im Gegensatz zu den Hanswürsten der (bürgerlichen) Rechten wissen wir, die wir ein politisches Bewusstsein besitzen, dass Sarkozy der Mann der Anpassung Frankreichs an die Achse Washington-Tel Aviv ist. Wir wissen auch, und vor allem, dass er die ‚positive Diskriminierung' für Minderheiten einführen will, das bedeutet - man muss stets daran erinnern, dass er auf allen Gebieten Leuten den Vorzug einräumen will, die, egal was in ihren Ausweispapieren steht, Eindringlinge sind und bleiben und auf gar keinen Fall zu unserem Volk gehören können. Deshalb werde ich, ohne Zögern und Bedauern, für Ségolène Royal stimmen."

Dies ist selbstverständlich nicht der Ausdruck irgendeiner Form von politischer Zuneigung für die sozialdemokratische Kandidatin. Sondern hinter diesen Worten steht der pure Wunsch, den Graben zwischen der rechtsextremen „Bewegung" und der konservativen Rechten so tief wie möglich auszuheben. Tiefer jedenfalls, als Jean-Marie Le Pen dies offenkundig wünscht. Denn der Chef des FN hatte nicht nur die von dieser Seite gewünschte provokatorische Wahlempfehlung für Royal abgelehnt, sondern auch in einem Interview mit der Gratistageszeitung ‚20 minutes'vom 13. April 2007 erklärt: „Im Falle einer schweren nationalen Krise könnte der FN an einer Regierung der nationalen Einheit teilnehmen." Präziser wurde er in jenen Worten, die am selben Tag durch die Pariser Abendzeitung Le Monde zitiert werden: „Er (Le Pen) öffnet nichtsdestotrotz Türen, indem er erklärt, dass ‚bei Themen wie der Schule, der Steuersenkung, oder der Rentenreform mögliche Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen' zwischen UMP und FN bestünden. Obwohl er kurz zuvor gegen die ‚europa- und zuwanderungsfanatischen Kandidaten' gewettert hatte.



DPS - parteiinterner Ordnerdienst des FN und Mitglieder des CNC, Veteranenvereinigung des FN

Aussichten auf die Parlamentswahlen

In die Parlamentswahlen vom 10. und 17. Juni möchte der FN nun mit einem „traditionelleren" Profil ziehen. Die Wahlkampfführung übernahm der FN-Generaldelegierte Bruno Gollnisch, der innerparteilich gegen die „Modernisierer" um die Cheftochter Marine Le Pen opponiert – nachdem Letztere mit der „strategischen Leitung" des Präsidentschaftswahlkampfs betraut worden war. Ersten Angaben zufolge möchte der FN dieses Mal vor allem „klassische" Themen bedienen und Wahlkampf für die „Inländerbevorzugung" (Préférence

→

Nicht die Moschee stört, sondern „Pro Köln“

KÖLN. Für Samstag, den 16. Juni ruft Pro Köln zu einem „Schweigemarsch“ gegen den Moschee-Neubau durch Köln-Ehrenfeld auf. Auf den Internetseiten des „Freien Widerstand“ und des Aktionsbüros West wird dieser Termin ebenfalls angekündigt, bei ersteren mit dem Vermerk, die Versammlungsleitung habe um seriöses bürgernahes Auftreten gebeten und Werbung für politische Parteien (Transparente, Schilder) würde nicht geduldet. Parolen und Sprechgesänge seien zu unterlassen, weil es sich um einen Schweigemarsch handele. Auf Einladung des DGB laufen zur Zeit Bündnisgespräche, um an diesem Tag in Ehrenfeld einen Aktionstag für Toleranz und gegen Rassismus durchzuführen, um zu zeigen, dass „Pro Köln“ mit seiner Hetze nicht wirklich Fuß fassen kann in einem Stadtteil, in dem Menschen aus vielen verschiedenen Nationen seit Jahrzehnten friedlich zusammenleben. Ab 11 Uhr wird es ein Fest auf dem Neptunplatz geben, kombiniert mit anderen Aktionen und Demonstrationen. Aktuelle Infos auf: www.linksfraktion-koeln.de ■



Bezirksvertreterin Yesim Yesil aus Köln-Ehrenfeld, Die Linke.Köln in der Diskussion (Bild Mitte)

Köln. Am Samstag, den 26. Mai führten alle demokratischen Parteien im Rat der Stadt Köln und der Bezirksvertretung Ehrenfeld mit Oberbürgermeister Schramma einen Informationsstand in Köln-Ehrenfeld durch. Mit einem Faltblatt unterrichteten sie die Menschen über die bevorstehende Bürgerbeteilung zur Planung der Moschee und des Kulturzentrums der DITIB an der Venloer Straße.
Frech und dreist erschienen auch Vertreter von „Pro Köln“, mischten sich munter unter das Publikum und hetzten gegen den Bau der Moschee. Eine solche Strategie war möglich, nachdem die CDU im Stadtbezirk Ehrenfeld aber auch Prominente wie Ralf Giordano sich gegen den Bau der Moschee aussprachen. Der Ehrenfelder CDU-Chef hetzte im Kölner Express: „Es ist pervers, dass die Kölner CDU mit der PDS gemeinsame Sache macht.“ *jöd* ■

→ nationale) bei Arbeitsplätzen und Sozialleistungen, für eine erschwerte Einbürgerung von in Frankreich geborenen Zuwandererkindern, für die „Abschiebung straffälliger Einwanderer“ und gegen einen türkischen EU-Beitritt machen. Marine Le Pen wird wie 2002 im früheren Bergbaurevier Pas-de-Calais antreten, in Lens, wo der FN die sozialen Unterklassen zu agitieren versucht.

Die Kehrseite der Medaille: Wenn die rechtsextreme Partei, wie vorauszusehen ist, bei den Parlamentswahlen erneut gebeutelt wird und – weil ihre Stammwähler in diesem Jahr „nützlich wählen“ – Stimmen an die regierenden Konservativen verliert, dann werden beide innerparteilichen Lager gleichermaßen für die Niederlagen verantwortlich sein. Im Moment steht der Block der „Modernisierer“ unter Marine Le Pen im Kreuzfeuer innerparteilicher Anklagen. Aber da der „traditionelle“ Flügel um Gollnisch nun für die kommenden Wahlen im Juni das Ruder übernimmt, wird wieder Gleichstand hergestellt werden, und die Kritiken werden auf beide Strömungen verteilt sein. Das verspricht spannende Aussichten für den nächsten Parteikongress, der auf Ende November dieses Jahres angesetzt sein wird. Dort soll die Nachfolgefrage geregelt werden – falls Jean-Marie Le Pen nicht nochmals für seine eigene Nachfolge antritt. Dies hat er freilich bereits durchklingen lassen, und sogar eine Präsidentschaftskandidatur für 2012 nicht ausgeschlossen: In jenem Jahr sei immerhin der 600. Geburtstag der Nationalheiligen Jeanne d’Arc. Aber aufgeschobene Fragen sind dadurch nicht gelöst.

Bernhard Schmid (Paris) ■

Kaderschulung im Geiste der Wannsee-Konferenz

Redok hat auf seiner Internetseite jetzt eine NPD-Schulungsbroschüre für „Kandidaten und Funktionsträger“ veröffentlicht, die seit ca. einem Jahr ausschließlich parteiintern verteilt wird. Sie schreiben dazu:

Die NPD-Kader sollen (mit dieser Publikation) für die „Wortergreifungsstrategie“ geschult werden, mit der die rechtsextreme Partei in die Öffentlichkeit drängt. Das Heft macht deutlich, dass die NPD eine rassistische und antisemitische Partei mit völkischer ideologischer Grundlage ist, die in weiten Zügen in der Tradition des Nationalsozialismus steht, dieses Erbe jedoch aus taktischen und juristischen Gründen verschleiert. Erstmals wird die Broschüre jetzt bei redok komplett dokumentiert. Geschrieben wurde das Heft vom sächsischen Landtagsabgeordneten Jürgen W. Gansel. (...)

Mit der Veröffentlichung der Broschüre will redok der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, diese Taktiken besser zu durchschauen und angemessen auf solche Herausforderungen zu reagieren. Die Veröffentlichung erfolgt im Internet sowohl als Webseite wie auch als PDF-Datei zum Herunterladen, die weitestgehend identisch mit dem Original ist.

Die NPD zeigt sich in diesem Dokument als durch und durch rassistische Partei in der Tradition des Nationalsozialismus. Im Sprachgebrauch der berüchtigten Wannsee-Konferenz ist hier etwa die Rede von „Mischlingen“, die „das sich renationalisierende Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen“ und als Zielland „naheliegenderweise die USA“ wählen werden. Dieses Land sei schließlich „eine durchrasste Staats- und Einzelwillennation von haltlosen Sozialatomen“, „wo der ethno-kulturell kastrierte Einheitsmensch ohne Identität und Heimat wie Unkraut gedeiht“. Ihr Schicksal sei „ziellose Wanderschaft zwischen den Welten“, die Schuld daran trügen ihre „verantwortungslosen Eltern“. Diejenigen „Mischlinge“, die nicht freiwillig gingen, gehören laut NPD zu den „hauptsächlich abzuschiebenden Einwanderergruppen“. (...)

Hautfarben-Rassismus und Antisemitismus reichen freilich für eine Weltanschauungspartei in nationalsozialistischer Tradition alleine noch nicht aus. Die NPD vertritt ein Menschenbild, das nichts mit der humanistischen Auffassung vom Individuum und seinen Freiheitsrechten zu tun hat.

Wir haben uns entschieden, diese Schulungsbroschüre zu veröffentlichen, weil sie an die Öffentlichkeit gehört und nicht in Schubladen von NPD-Kadern oder geheimdienstlichen Behörden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, Bescheid zu wissen. *Redaktion redok, im Mai 2007*

Download: www.redok.de ■

NPD-Aufmarsch zum G8-Gipfel

SCHWERIN. Mit einer antifaschistischen Demonstration unter dem Motto „Gegen Faschismus und Kapitalismus – Für eine Welt ohne Grenzen!“ wollen AntifaschisttInnen aus dem In- und Ausland am 2. Juni in Schwerin gegen einen rechtsextremen Aufmarsch protestieren. Für diesen Tag hat der, wegen schwerer Körperverletzung, vorbestrafte NPD-Landesvorsitzende Stefan Köster, einen Aufmarsch mit über tausend Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet angemeldet. Anlass: der G8 Gipfel vom 6.-8. Juni in Heiligendamm.

Seit geraumer Zeit versuchen Neonazis auf den Zug der globalisierungskritischen Bewegung aufzuspringen. Schon im Landtagswahlkampf im vergangenen Jahr griff die NPD, unterstützt von rechtsradikalen Schlägern, das Thema in Flyern und Broschüren auf. „Mit simplen Erklärungsmustern und antisemitischen Weltverschwörungstheorien schaffte es die rechtsextreme Partei diffuse Ängste in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Globalisierung für sich zu nutzen. Über 7 % wählten die NPD in den Schweriner Landtag“, so Gerhard Hahn, Pressesprecher des „Antifaschistischen Bündnis Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Wir wollen am 2. Juni durch eine entschlossene Demonstration verhindern, dass Nationalisten, Antisemiten und Auschwitzleugner ihren vermeintlichen Antikapitalismus medienwirksam einer breiten Öffentlichkeit darlegen können.“

Der Treffpunkt der antifaschistischen Demonstration am 2. Juni ist um 10 Uhr am Spieltordamm (am Nordufer des Pfaffenteichs).

Einen Tag, nach dem der G8-Gipfel in Heiligendamm beendet wird, laden militante Neonazis zu einem so genannten „Grillen gegen Links“ ein. Es soll am 9. Juni vor dem neu eröffneten „Werwolfshop“ (Spiegelberg 21) in Wismar stattfinden. Im Anschluss ist eine, in der nur 50 m entfernten „Wolfshöhle“ (dem Kameradschaftshaus der Wismarer Neonazis), rechte Musikveranstaltung geplant.

Schon mehrfach kam es aus dem Personenkreis der „Wolfshöhle“ zu Angriffen auf wehrlose und alternative Menschen. Zuletzt wurde am 14. April 2007 eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto „close it - Nazistrukturen lahmlegen“, aus besagter „Wolfshöhle“ angegriffen. „Damals schossen sie mit mindestens 6 Stahl- und Glaskugeln auf Demonstrant_innen... Durch eine Kugel wurde mindestens ein Demonstrant so schwer am Kopf verletzt, dass dieser im Krankenhaus notärztlich behandelt werden musste.“ „Es ist uns wichtig, nicht nur am 2. Juni 2007 den NPD-Großaufmarsch in Schwerin zu verhindern, sondern auch eine Woche später das neonazistischen „Grillfest“ am Spiegelberg in Wismar zu beenden.“ so Gerhard Hahn.

Weitere Informationen unter: www.demo-schwerin.tk. *Gerhard Hahn Antifaschistischen Bündnis Mecklenburg-Vorpommern* ■



Bundesregierung hat keinerlei Erkenntnisse über Gewalttaten gegen G8-Gipfel

Zum Demonstrationsverbot rund um den Heiligendammer G8-Gipfel erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke:

Die G8-Polizeieinsatzleitung „Kavala“ hat vom 30. Mai bis 9. Juni ein pauschales Demonstrationsverbot rund um den G8-Gipfel in Heiligendamm verhängt. Betroffen ist auch der von mir angemeldete Sternmarsch am 7. Juni. Das Versammlungsverbot ist eine undemokratische Willkürhandlung nach dem Vorbild der „Operation Schutzwall“ beim letzten G8-Gipfel 2006 im russischen St. Petersburg.

Tatsächlich liegen keinerlei konkrete Erkenntnisse über mögliche Gewalttaten oder gar Terroranschläge im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel vor. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor. Bei 20 Brandanschlägen wird ein Zusammenhang mit dem Gipfel „vermutet“. Worauf sich diese Vermutung stützt, ist ebenso unklar, wie der Zeitraum, in dem diese Anschläge begangen wurden. Gefragt hatte die Linke konkret nach Art der Anschläge und Anschlagsziele, entstandenem Schaden, einer möglichen Gefährdung von Menschen sowie Belegen über einen Zusammenhang mit dem G8-Gipfel wie etwa Bekennerschreiben. Hier bleibt die Bundesregierung eine Antwort schuldig. Es liegen auch „keine konkreten Erkenntnisse über mögliche zukünftige Anschläge vor“.

Die Panikmache war ein Bluff, um die breiten Proteste gegen den G8-Gipfel bereits im Vorfeld zu kriminalisieren und Versammlungsverbote durchzusetzen. Dieser Schuss geht nach hinten los. Denn für viele Kritiker des G8-Gipfels heißt es: Jetzt erst recht auf nach Heiligendamm!

Die Kleine Anfrage und die Antwort der Bundesregierung sind auf www.ullajelpke.de nachzulesen

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Arbeitsagentur sperrt Informationszentrum für Bundeswehrwerbeveranstaltung

KÖLN, 24.5.2007. „Von der Arbeitsagentur nach Afghanistan? Bundeswehr ködert mit Hilfe der Arbeitsagentur junge Erwerbslose für Krieg“: So lautete die Überschrift des Flugblattes, das am24.5. an Arbeitssuchende bei der Arbeitsagentur Köln verteilt wurde.

Die Leitung der Arbeitsagentur hatte nach Protesten gegen die Werbeveranstaltung und gegen den Einsatz von Feldjägern im Arbeitsamt zweimal die Werbung abgesagt. Sie wolle die „Rahmenbedingungen“ klären. Keine uniformierten und bewaffneten Feldjäger, auch keine Feldjäger ohne Uniform sollen jetzt mehr bei der Arbeitsagentur zum Einsatz kommen. Die Leitung der Agentur legt sich stattdessen selber ins Zeug: Sie schloss an dem Tag der erneuten Bundeswehrwerbung das Berufsinformationszentrum für alle Informationssuchenden und ließ unter größerem Polizeischutz nur junge Menschen ein, nach Alterskontrolle per Ausweis vorzeigen oder mit schriftlicher Einladung zu eben dieser Rekrutierung. Damit widerlegte die Leitung der Arbeitsagentur ihre Behauptung, sie stelle nur wie bei jeder „normalen“ Firma die Räume zur Verfügung.

Die Arbeitsagentur funktioniert als Teil der Werbekampagne der Bundeswehr. Sie nützt die Not der jugendlichen Erwerbslosen aus. Anstatt verstärkte Anstrengungen zu machen, den Jugendlichen Ausbildungsplätze zu verschaffen, sichert sie die Bundeswehrkampagne ab und sperrt einen wichtigen Bereich für die Informationen suchenden Arbeitslosen. Trotz gegenteiliger Aussagen der Leitung der Arbeitsagentur, werden weiter jugendliche Hartz-IV-Empfänger unter Androhung, dass sonst die Gelder gestrichen werden, dazu gezwungen, zur Werbeveranstaltung der Bundeswehr zu gehen. Drei Erwerbslose berichteten Protestteilnehmern, dass sie wegen dieses Zwangs gekommen seien.

Wann wird die Leitung der Arbeitsagentur endlich an alle Vermittler eine schriftliche Anordnung herausgeben, dass jeglicher Zwang, zur Werbeveranstaltung der Bundeswehr gehen zu müssen, rechtswidrig ist und untersagt wird?

gba ■

Asylbewerberzahlen in den Industrieländern weiter gesunken

Die Zahl der Asylanträge in den Industriestaaten ist 2006 im fünften Jahr in Folge gefallen. Dies geht aus der Jahresstatistik 2006 hervor, die am 23. März 2007 vom UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) veröffentlicht wurde.

Das Hauptherkunftsland von Asylsuchenden in den Industriestaaten war der Irak. Die Zahl der Menschen aus dem Irak, die Asyl beantragten, stieg von 12.500 (2005) auf 22.200, das ist eine Steigerungsrate von 77 Prozent. Irak war zuletzt 2002, vor dem Fall des damaligen Regimes, Hauptherkunftsland von Asylbewerbern in den Industrienationen. Damals suchten über 50.000 Irakerinnen und Iraker Schutz in Europa und anderen Industrieländern.

Die meisten Anträge irakischer Asylsuchender verzeichnete im Vorjahr Schweden (9.000), gefolgt von den Niederlanden (2.800), Deutschland (2.100). und Griechenland (1.400). Damit leben nur ein Bruchteil der irakischen Flüchtlinge in den Industriestaaten. Von den insgesamt geschätzt zwei Millionen Irakern, die ihr Heimatland verlassen haben, leben rund eine Million in Syrien und 750.000 in Jordanien.

Der deutliche Anstieg bei der Zahl der irakischen Asylbewerber steht in Kontrast zum allgemeinen Abwärtstrend bei der Gesamtzahl der Asylanträge in den Industrieländern. In den von der Statistik erfassten 50 Staaten wurden im letzten Jahr rund 300.000 Asylanträge gestellt – zehn Prozent weniger als im Jahr zuvor.

In Gesamteuropa wurden 223.990 Asylanträge gestellt, in den 25 EU-Mitgliedstaaten 198.900. Das sind die niedrigsten Zahlen seit 20 Jahren. Aus Sicht des UNHCR sind die Gründe zum einen in verbesserten Bedingungen in den Herkunftsländern zu suchen, zum anderen aber auch in zunehmend restriktiven Maßnahmen in vielen Industriestaaten, die potenzielle Asylsuchende von einem Schutzgesuch abhalten. Das Ziel, die Zahl der Asylsuchenden so gering wie möglich zu halten, kann dazu führen, dass Flüchtlingen dringend benötigter Schutz verweigert wird. Der UNHCR hat wiederholt hierüber seine Besorgnis ausgedrückt.

Die Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden im Jahre 2006 waren der Irak (22.200), China (18.300), die Russische Föderation (15.700), Serbien und Montenegro (15.600) und die Türkei (8.700).

Die meisten Asylanträge in Europa wurden 2006 in Frankreich gestellt (30.690). Es folgen Großbritannien (27.850), Schweden (24.320), Deutschland (21.030) und die Niederlande (14.470). In Italien gab es 10.110 Asylanträge, in Spanien 5.310.

Bei einem Vergleich der Asylanträge pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner sieht die Rangfolge ganz anders aus. An erster Stelle liegt Zypern (5,3), es folgen Malta (3,1), Schweden (2,7), Österreich 1,6 und die Schweiz und Liechtenstein mit je 1,4. Im hinteren Feld liegen Deutschland (0,3), Italien (0,2) und Spanien (0,1).

Quelle: Europa Mobil April 2007 ■

Schünemann will Zuwanderungsrecht nicht zustimmen

Niedersachsen leistet weiter Widerstand gegen den Koalitionskompromiss über das Zuwanderungsrecht und droht als einziges Bundesland mit der Ablehnung des entsprechenden Gesetzes im Bundesrat. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung" (Freitagausgabe) kündigte Innenminister Uwe Schünemann (CDU) vor der ersten Beratung in der Länderkammer an diesem Freitag eine Reihe von Änderungswünschen an. Schünemann kritisierte, das Bleiberecht, wie es jetzt vorgesehen sei, sei „erheblich schlechter" als das, was die Innenministerkonferenz ursprünglich vorgeschlagen habe. Der Regelung, dass Geduldete sofort eine Aufenthaltserlaubnis bekämen, auch wenn sie noch keine Arbeit nachweisen könnten, werde Niedersachsen nicht zustimmen, betonte er.

Außerdem erneuerte Schünemann seine Forderung, die Hürden für die Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte zu senken. „Da haben wir einen enormen Bedarf und da müssen wir Verbesserungen erreichen", sagte der Minister.

Quelle: flucht mailing list – 05.07 ■

Afghanistan: Abschiebungen unverantwortlich

Freiburg. Caritas international hält die Praxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, traumatisierte Flüchtlinge nach Afghanistan abzuschieben, für unverantwortlich. In mehreren Fällen hatte das Bundesamt behauptet, dass angesichts von Projekten in der Traumaberatung von Caritas international und weiteren Hilfswerken von einer fehlenden medizinisch-psychologischen Betreuung der Flüchtlinge nicht gesprochen werden könne.

„Abschiebungen mit der Begründung einer Versorgung in diesem Bereich vorzunehmen, ist zynisch. Es gibt keine ausreichende Versorgung. Hier verkehrt sich unser Engagement und wird missbraucht für eine Praxis, die wir ablehnen", sagt Dr. Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes. Behandlungen von Traumatisierten gibt es in begrenztem Maß nur im Großraum Kabul und im Herat. Schätzungen gehen von Hunderttausenden von Afghanen aus, die unter einem Posttraumatischen Stress Syndrom leiden. Laut Weltgesundheitsorganisation gibt es bei ca. 25 Millionen Menschen nur wenige Psychologen und Psychiater in Afghanistan, die in der Lage sind, traumatisierten Menschen zu helfen.

Caritas international unterhält insgesamt zwölf psychosoziale Beratungszentren in Kabul. Aufgrund der schwierigen Sicherheitslage und der Notlage großer Teile der afghanischen Bevölkerung fordert Caritas international den sofortigen Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan. „Wir sind mit dem Bundesamt im Gespräch, da die Lage in Afghanistan nicht nur militärisch zu eskalieren droht, sondern auch humanitär", führt Neher weiter an.

Quelle: Presseinformation_Caritas international - flucht mailing list nds-fluerat.org ■

„Wir sterben schweigend"

Einen umfangreichen Bericht über die soziale Ausgrenzung von Flüchtlingen in sieben europäischen Staaten hat der Jesuiten-Flüchtlingsdienst Europa in Brüssel vorgestellt. Behandelt wird die Situation in Belgien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Malta, Portugal und Rumänien. Die Rechtslage ist in den einzelnen Staaten unterschiedlich. Überall jedoch werden Flüchtlinge, vor allem wenn sie nicht abgeschoben werden können, mit staatlichen Maßnahmen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Viele Flüchtlinge erhalten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kein Aufenthaltsrecht, können aber auch nicht abgeschoben werden, weil die Rückkehr in den Herkunftsstaat unmöglich ist. Diese Menschen befinden sich häufig in einem rechtlichen „Niemandsland". Immer wieder werden ihnen selbst die grundlegenden staatlichen Hilfen wie Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung oder Zugang zum Bildungssystem verweigert.

Dies sind die Ergebnisse von 54 Interviews, die der Jesuiten-Flüchtlingsdienst Europa vor allem mit Betroffenen, aber auch mit Hilfsorganisationen geführt hat. Auch in Deutschland wurden solche Interviews geführt. Pater Martin Stark SJ, der Direktor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Deutschland, fasst die Ergebnisse wie folgt zusammen: „Besonders Menschen mit einer Duldung und Menschen ohne jeglichen Aufenthaltsstatus sind in Deutschland Opfer gezielter Ausgrenzung. Der Zugang zur medizinischen Versorgung ist ihnen entweder vollständig versperrt oder zumindest stark eingeschränkt. Sie können häufig ihre Kinder nicht in die Schule schicken und sind zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes auf Schwarzarbeit angewiesen."

Die 167-Seiten umfassende Studie „We Are Dying Silent – Report on Destitute Forced Migrants“ (in englischer Sprache) finden Sie auf der Internetseite www.jrseurope.org.

Quelle: Pressemeldung jesuitenflüchtlingsdienst 15.05.07

Hannover tritt der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ bei

HANNOVER. Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Hannover hat sich einstimmig für den Beitritt Hannovers zur „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ ausgesprochen. Die Initiative zu dem Interfraktionellen Antrag ging vom LINKSBÜNDNIS aus. „In unserer Stadt leben immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund“, betonte der Fraktionsvorsitzende Michael Höntsch im Vorfeld der Entscheidung, „bereits in naher Zukunft wird mehr als die Hälfte aller Kinder Vorfahren mit einem ausländischen Pass haben.“ Der Beitritt Hannovers zur „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ sei eine klare Solidaritätserklärung an die neuen Bürgerinnen und Bürger aus allen fünf Kontinenten. „Wir bedanken uns bei den anderen Fraktionen, dass sie sich dem Vorschlag der Linken angeschlossen haben“, sagte Höntsch während der Ratsversammlung. *bee* ■

Kreistag schafft Flüchtlingsgutscheine ab

GÖTTINGEN. Der Göttinger Kreistag hat sich in seiner Sitzung am 9.5.2007 für die Abschaffung des Wertgutscheinsystems für Flüchtlinge zu Gunsten zukünftiger Bargeldauszahlung ausgesprochen. In einem entsprechenden Antrag heißt es zur Begründung, die Gutscheinregelung sei „diskriminierend“ und bedeute für die Betroffenen „Bevormundung, Demütigung und Stigmatisierung“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linkspartei und WLG angenommen. CDU und FDP lehnten den Antrag ab.

Bereits im Februar 2007 hatte der Rat der Stadt Göttingen einen ähnlichen Antrag verabschiedet.

Die Verwaltungen von Stadt und Landkreis weigern sich jedoch bisher, den Beschluss umzusetzen. Das heißt, Flüchtlinge erhalten derzeit weiterhin die ihnen zustehenden Leistungen in Form von Gutscheinen. Die Verwaltungen missachten bewusst ihren Handlungsspielraum, den das AsylbewerberInnnenleistungsgesetz spätestens seit seiner Neufassung 1997 vorsieht. Auf die konkrete Frage am 11.5.07 im Stadtrat, welche Gesetze oder Vorschriften die Ausgabe von Bargeld in Göttingen gegenwärtig noch verhindern, konnte Sozialdezernentin Dr. Schlapeit-Beck lediglich auf das Bundesgesetz (§3 AsylbLG) verweisen. Dass es sich hierbei nur um eine fadenscheinige Begründung handelt, ist offensichtlich, denn schließlich werden in zahlreichen Bundesländern und Kommunen die Leistungen in Bargeld erbracht.

Die Verwaltung ignoriert den politischen Willen des Stadtrates und des Kreistages. Dies ist nicht hinzunehmen. Vielmehr ist es nun erforderlich, eine zügige Umsetzung der Beschlüsse durch die Verwaltungen von Stadt und Landkreis einzufordern. Einstweilen wird der Gutscheinumtausch fortgesetzt werden müssen, die Beteiligung aller daran bleibt wichtig.

Quelle: arbeitskreis asyl goettingen/ flucht mailing list ■

Teilabschiebungsstopp nach Sri Lanka

Mit Schreiben vom 8. Mai 2007 an die Innenministerien der Länder hat das Bundesinnenministerium endlich einen teilweisen Abschiebungsstopp nach Sri Lanka empfohlen. Das BMI bezieht sich auf die Berichte des Auswärtigen Amtes sowie Ergebnisse der Erkundungsreise eines Mitarbeiters des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge Ende April. Beide Quellen berichten über eine seit Ende letzten Jahres wesentlich verschlechterte Lage, nicht nur im Norden und Osten Sri Lankas, sondern auch in den von der Regierung kontrollierten Gebieten einschließlich Colombos.

Die jetzt vom BMI empfohlene Regelung ist allerdings unzureichend. Abschiebungen nach Sri Lanka sollen zunächst für drei Monate nur für aus dem Norden und Osten Sri Lankas stammende Tamilen ausgesetzt werden. Weiter abgeschoben werden sollen nicht nur Straftäter, sondern auch Tamilen, „/bei denen eine Existenzsicherung bei Rückkehr aufgrund noch vorhandener familiärer Strukturen im Regierungsgebiet bzw. sonstige bekannte Umstände gesichert erscheint/.“ Das ist nicht nur ein trickreich eröffnetes Scheunentor zur Fortsetzung der Abschiebungen für die Ausländerbehörden. Die Vorgabe missachtet auch die gefährlichen Realitäten Sri Lankas. Seit längerem bereits weist das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen darauf hin, dass es keine landesinterne Fluchtalternative in Sri Lanka gibt. Mit Verdachtsinhaftierungen muss auch in Colombo jeder rechnen, der in den Augen der Sicherheitskräfte z.B. der Nähe zur LTTE verdächtig ist, so das Auswärtige Amt. Eine richterliche Überprüfung solcher Festnahmen ist nicht gewährleistet. Tamile zu sein und nicht aus Colombo zu stammen, kann als Verdachtsmoment für eine Festnahme ausreichen. Die eindeutige Faktenlage wird von Seiten des BMI sehenden Auges ignoriert.

Die Innenministerien der Länder sind nicht gehindert, zunächst einen weitergehenden Abschiebungsstopp – ohne die genannte Ausnahmeregelung – zu verhängen. Die Innenministerkonferenz am 31. Mai/1. Juni 2007 muss sich auf jeden Fall eingehend mit dem Thema befassen.

Presseerklärung Pro Asyl 10. Mai 2007 ■

Anträge des Deutschen Ärztetages vom 16.5.2007

1. *Auf Antrag des Vorstands der Bundesärztekammer (Drucksache V-14) fasst der 110. Deutsche Ärztetag folgende Entschließung:*

Der 110. Deutsche Ärztetag fordert die Bundesregierung auf, bei der Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union die Übermittlungspflicht nach § 87 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) (und § 11 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)) für öffentliche Stellen (öffentliche Krankenhäuser, Sozialämter) an die Ausländerbehörde im ärztlichen Behandlungsfall aufzuheben. Eine entsprechende Gesetzesänderung würde sicherstellen, dass Menschen ohne Aufenthaltsstatus Ärzte und Krankenhäuser rechtzeitig aufsuchen und Anträge zur Kostenübernahme bei den zuständigen Behörden gestellt werden. Weiterhin darf die medizinische Hilfe durch Ärzte und medizinisches Personal nicht unter den Straftatbestand der Beihilfe zur illegalen Einreise und zum illegalen Aufenthalt im Sinne des § 96 AufenthG fallen. Eine ausdrückliche Ausnahmeregelung in § 96 AufenthG würde Rechtssicherheit für Ärzte und medizinisches Personal schaffen, die Menschen ohne Aufenthaltsstatus behandeln.

2. *Keine Beteiligung von Ärzten bei Altersfeststellung im Asylverfahren*

Der 110. Deutsche Ärztetag 2007 in Münster lehnt jegliche Beteiligung von Ärztinnen und Ärzten zur Feststellung des Alters von Ausländern mit aller Entschiedenheit ab, wie das in der Neufassung des § 49 Aufenthaltsgesetz im Rahmen des geplanten Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vorgesehen ist. ...“

Begründung: Die Beteiligung von Ärztinnen und Ärzten zur Feststellung des Alters von Ausländern ist mit dem Berufsrecht nicht vereinbar, da es sich dabei weder um eine Maßnahme zur Verhinderung noch um die Therapie einer Erkrankung handelt. In der Regel kommen bei der Altersfeststellung Röntgenstrahlen zum Einsatz, die potenziell gefährlich sind und nur nach strenger medizinischer Indikationsstellung (Röntgenverordnung) angewandt werden dürfen. Außerdem ist die Altersfeststellung durch Röntgen der Handwurzelknochen von Jugendlichen wissenschaftlich höchst umstritten und sollte daher auf keinen Fall angewandt werden.“

Beide Anträge wurden angenommen.

Quelle: flucht@nds-fluerat.org ■

Zu den geplanten Verschärfungen des Asyl- und Ausländerrechts:

Menschenrechtsstandards werden unterschritten

Das FORUM MENSCHENRECHTE – ein Netzwerk von mehr als 40 deutschen Nichtregierungsorganisationen, die sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtschutz einsetzen – kritisiert, dass bei der geplanten Umsetzung der aufenthalts- und asylrechtlichen EU-Richtlinien Menschenrechtsstandards unterschritten werden. Statt europäische Mindeststandards ins nationale Recht umzusetzen, plant die Bundesregierung zahlreiche Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht, die sowohl mit dem Verfassungsrecht als auch mit der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar sind.

Die geplante Einschränkung des Ehegattennachzugs ist mit dem Schutz der Familie weder nach dem Grundgesetz noch nach der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar. Stärker noch als die Festlegung eines Mindestalters auf 18 Jahre wird die Bedingung, einfache Deutschkenntnisse vor der Einreise nach Deutschland zu erwerben, den Ehegattennachzug fundamental beschneiden. In den meisten Staaten werden Deutschkurse, wenn es sie gibt, nur in den Hauptstädten oder in größeren Städten angeboten. Für Menschen vom Land oder aus kleineren Städten besteht kaum eine Möglichkeit Sprachkenntnisse zu erwerben. In der Praxis ist der Erwerb von Sprachkenntnissen – realistisch betrachtet – nur für Angehörige der großstädtischen Oberschicht möglich. Nachteilig dürfte sich die vorgesehene Regelung insbesondere auf Frauen auswirken. Für die betroffenen Frauen dürfte als zusätzliches Erschwernis hinzukommen, dass in vielen Herkunftsländern Frauen nicht denselben Zugang zu Bildung haben wie Männer. Viele Herkunftsfamilien dürften nicht in der Lage oder nicht willens sein, die Teilnahme an Sprachkursen zu ermöglichen und die entstehenden Kosten zu tragen. Der Familiennachzug wird zur sozialen Selektion. Das Grundrecht, als Familie zusammenzuleben, würde künftig nur für Privilegierte gelten.

Auf massive Kritik stößt zudem, dass der Gesetzentwurf die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben im Flüchtlingsrecht missachtet. Die verbesserten flüchtlingsrechtlichen Standards, wie der verbesserte Schutz für religiös Verfolgte oder für Kriegsdienstverweigerer/innen, drohen so in der Praxis verkannt zu werden. Neben dem Flüchtlingsschutz verbessert die Qualifikationsrichtlinie zudem den Schutz für Personen, die vor bewaffneten Konflikten fliehen. Die Richtlinie sieht einen Schutzanspruch vor, wenn „eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts" gegeben ist. Diese Regelung zu übernehmen ist für das deutsche Recht u.a. deswegen so bedeutsam, weil Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten, insbesondere Bürgerkriegsflüchtlinge, bislang nur unzureichend geschützt wurden. Der Abschiebungsschutz wurde in der Regel nicht gewährt, wenn die Bevölkerung insgesamt oder einzelne Gruppen von den Auswirkungen des Bürgerkrieges oder sonstigen Gefahren für Leib und Leben betroffen waren (sog. Sperrklausel). Nach der geplanten Umsetzung ins deutsche Recht (§ 60 Abs. 7 AufenthG-E) soll die deutsche Sperrklausel für diese Schutzform beibehalten werden. Der Schutz vor Abschiebung in bewaffnete Konflikte wird auf diese Weise leer laufen. Hier wird versucht die deutsche Rechtslage beizubehalten, obwohl sie auf EU-Ebene nicht durchsetzbar war.

Das FORUM MENSCHENRECHTE bemängelt, dass es durch die geplante Gesetzesänderung zu einer regelmäßigen Inhaftierung von Flüchtlingen kommen soll. Bislang ist Haft bei Asylbewerber/innen nur ausnahmsweise und längstens für vier Wochen zulässig. Künftig sollen Asylbewerber/innen, bei denen die Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates geprüft wird, für die gesamte Dauer dieses Verfahrens in Haft genommen werden. Dies kann viele Monate dauern und ist nicht nur aus rechtstaatlicher Sicht unhaltbar, sondern auch gemeinschaftsrechtswidrig. Nach der Dublin II-Verordnung müssen Asylbewerber/innen die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise in den zuständigen Staat haben. Aus der Haft ist eine freiwillige Ausreise jedoch nicht möglich. Das Forum Menschenrechte wendet sich gegen jede Inhaftierung von Asylsuchenden. Flüchtlinge haben keine Straftat begangen, sondern begehren internationalen Schutz.

Auch der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen hat wiederholt betont, dass die Inhaftierung von Asylsuchenden prinzipiell abzulehnen ist.

Rechtstaatliche Grundsätze werden zusätzlich dadurch unterlaufen, dass Asylsuchende, die in einen anderen EU-Staat aufgrund der Dublin II-Verordnung abgeschoben werden sollen, grundsätzlich keinen einstweiligen Rechtsschutz mehr erhalten sollen. Ebenso problematisch ist, dass künftig Zurückweisungen an den Grenzen schon auf Verdacht möglich sein sollen. (...)

War im Gesetzentwurf vom Januar 2006 noch ein Anspruch für Opfer von Menschenhandel auf die in Hinblick auf ihre speziellen Bedürfnisse erforderliche medizinische Hilfe, einschließlich angemessener psychologischer und psychotherapeutischer Behandlung, vorgesehen, ist im aktuellen Gesetzentwurf ein solcher Anspruch nicht mehr enthalten. Die Forderung von Fachverbänden, einen solchen Anspruch auf Gewalt-Opfer insgesamt auszudehnen, blieb nicht nur ungehört, sondern die geplanten Verbesserungen für Opfer von Menschenhandel wurden sogar gestrichen.

Das rot-grüne Zuwanderungsgesetz hatte erstmals einen Anspruch auf Integrationskurse für Migrant/innen – nachdem sie nach Deutschland eingewandert waren – festgeschrieben und damit anerkannt, dass Integration durch eine Verbesserung der Rechtsposition von Migrant/innen erfolgen muss. Statt Partizipationsrechte auszubauen, sieht der Gesetzentwurf nun vor, bei der Integrationspolitik vermehrt auf Zwang und Strafandrohung zu setzten. Bereits das Zuwanderungsgesetz sieht Sanktionen – wie die Kürzung von Sozialleistungen – vor. Künftig soll bei Verletzung der Teilnahmepflicht an Integrationskursen sogar ein Bußgeld verhängt werden. Diesen Vorstoß lehnt das FORUM MENSCHENRECHTE entschieden ab. Mangelnde Integration hat weniger mit dem Unwillen der Migrant/innen als vielmehr mit einem unzureichenden Bildungssystem und fehlender Chancengleichheit zu tun. Die eindrücklichen Ergebnisse der Pisastudie belegen dies.

Der Gesetzentwurf sieht keine nachhaltige Abschaffung der Kettenduldungen vor. Die geplante Bleiberechtsregelung wird nur einer Minderheit der langjährig Geduldeten ein Aufenthaltsrecht in Deutschland verschaffen. Geduldeten werden zahlreiche Menschenrechte vorenthalten – das Recht auf Familienzusammenführung, Bildung, diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt und Privatsphäre. Der Gesetzentwurf sieht insbesondere keine Regelung vor, die das Entstehen von Kettenduldungen für die Zukunft verhindert.

Quelle: Forum Menschenrechte - Mai 2007 ■

Sozialistisches Strandgut

Christoph Jünkes spannendes Buch über den „marxistischen Einzelgänger“ Leo Kofler kommt gerade zum richtigen Zeitpunkt: Koflers Geburtstag jährt sich heuer zum 100. Mal.

Jünke nähert sich Kofler behutsam auf verschiedenen Ebenen: Er porträtiert die Zeit, in der Koflers Schaffen eingebettet ist, thematisiert die theoretischen und politischen Fragen des Koflerschen Oevres, schildert sein Leben und politisches Handeln – differenziert und kritisch, fernab von Jeglichem affirmativen „Heldengesang“.

Leo Kofler wurde 1905 im österreichisch-ungarischen Ostgalizien geboren. Er flieht in den Wirren des ersten Weltkriegs vor der zaristischen Armee mit der Familie 1914 nach Wien in den 2. Bezirk, die jüdische „ Mazzeinsel“ (S.47 ff.). Kofler kommt mit dem „ Roten Wien“ der Zwischenkriegszeit in Berührung, wird Schüler von Max Adler – ein Einfluss, den er Zeit seines Lebens nicht abstreifen sollte– auch wenn später Georg Lukacs sein theoretischer „Fixstern“ werden sollte.

Seine zweite Flucht – vor den Nazis 1938 – verschlägt ihn in die Schweiz. 1944 vollendet er seine „Wissenschaft von der Gesellschaft“. Nach dem Krieg geht er in die DDR, an die Uni in Saale. Er wird auch Mitglied der SED. 1948 erscheint sein opus magnum „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer „verstehenden“ Betrachtung der Neuzeit nach dem historischen Materialismus“: „Kofler (schreibt) keine Sozial-, Staats-, Wirtschafts- oder Politikgeschichte, obwohl all diese Elemente durchaus mitbedacht werden.

Koflers geschichtliches Subjekt ist nicht die Klasse, sondern vielmmehr „der Citoyen, der Kritiker, der Nein-Sager“, das „ was man den bürgerlichen Geist oder mit Max Weber den ‚Geist des Kapitalismus‘ nennen könnte.“ (S. 183f.)

Der unbequeme Querdenker Kofler eckt jedoch nur allzu bald an der stalinistischen Bürokratie an und wird von dieser schließlich als „Feind“ klassifiziert. 1950 unternimmt Kofler in einer Nacht- und Nebel-Aktion seine dritte Flucht: in die BRD.

Hier entfaltet er in – konfliktreichem – Kontakt mit der westdeutschen Linken ein umfangreiches theoretisches Schaffen:u. a. analysiert er die sozialdemokratische Bürokratie, wird u.a. zu einem Pionier der Stalinismus-Analyse (S.295 ff.), entwickelt seine Theorie der „progressiven Elite“ (S.383 ff.). Bemerkenswert unterbelichtet verbleibt die Reflexion seiner jüdischen Abstammung – eine Haltung, die er mit etlichen anderen marxistischen jüdischen Intellektuellen der ArbeiterInnenbewegung teilt (Trotzki, Mandel,...).

In die Phase des „Herbst des Philosophen: Die Bochumer Jahre“ (S.577 ff.) fällt nach Jahrzehnten der Ignorierung die längst überfällige „Anerkennung“ bzw. die Neuauflage seiner Bücher, aber auch die illusionäre Erwartungshaltung gegenüber dem Gorbatschowismus und nach dessen Scheitern eine zunehmend apologetische Haltung gegenüber dem früher oftmals meisterhaft analysierten Stalinismus.

Jünke zeigt treffend auf, dass es sich dabei nicht um „züfällige Verirrungen“ handelt, sondern dass einige Theoriedefizite bei Kofler strukturell abgelegt sind: die oftmalige Parallelisierung von bürgerlicher und proletarischer Revolution, die verkürzte „Dialektik von Zielen und Mitteln“ (S.337), die ziemliche Distanz zum unmittelbaren ökonomischen und politischen Kampf und insbesondere das Fehlen einer „wie auch immer gearteten proletarischen Selbsttätigkeit“ (S.193) – Positionen, die „erziehungsdiktatorische“ Abgleitflächen begünstigen.

Trotz dieser offenkundigen Defizite – andere Vertreter des „westlichen Marxismus“ (Perry Anderson) haben wieder ihre spezifischen „Schlagseiten“ (Adorno, Marcuse, Lukacs,...) – sollte Kofler nicht ad acta gelegt werden. Im Gegenteil: so manches kann noch in seinem „sozialistischen Strandgut“ an Interessantem und Relevantem zu Tage gefördert werden.

Hermann Dworczak ■

Christof Jünke: Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler, Leben und Werk (1907-1995), VSA- Verlag. Hamburg 2007, 701 Seiten.

„Pop Shop“ – wenn die Lösung das Problem verstärkt

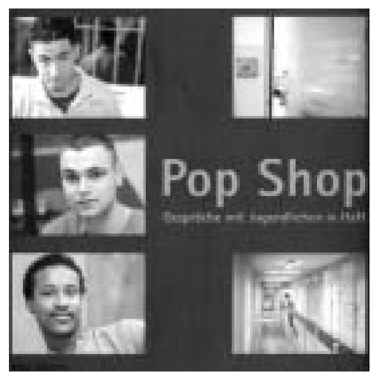
Projekt- und Buchvorstellung des Kölner Appells im Kalk-Karree Köln

Verschwindend klein in der monströsen Innenhalle des Kalk-Karree: Eine 2m x 4m x 2,5m kleine Box, der Originalnachbau einer Gefängniszelle der JVA Ossendorf. 8m² für Jugendliche, die in einem Alter sind, in dem Räume eher gesprengt als ersessen werden. Und das Verb, das die Jugendlichen im vorgestellten Buch am meisten mit diesem Raum verbinden ist „abkacken“. Im Glossar zum besseren Verständnis des speziellen Vokabulars der Jugend- und Knastwelt wird zu „Abkacken“ erläutert: „Auf der Zelle sitzen und unzufrieden sein, ohne Tabak, Radio oder Fernseher und keinen Einkauf haben. Langeweile haben.“

Obwohl es seit über 100 Jahren bewiesen ist, dass harte und lange Haftstrafen zu hohen Rückfallquoten führen, steigen die Haftstrafen- und Jugendarrestzahlen weiter an. Im konservativen Diskurs wird eher einer Ausweitung auf 14-Jährige das Wort geredet als einer kritischen Hinterfragung.

Mit „Mehr desselben“, damit werden in der systemischen Wissenschaft Maßnahmen zur Problemlösung bezeichnet, die das Problem verstärken statt lösen.

Und die Lösung ist ein Problem: Im „Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht der Bundesregierung“ (2006) steht, dass die Rückfallquoten bei den Jugendlichen, die zu Haftstrafen ohne Bewährung oder zu Jugendarrest verurteilt wurden, bei 80 Prozent liegen (Zitate aus dem Flyer des Kölner Appell).



Gegen diesen gesellschaftlichen Wahn (-sinn) wenden sich das Projekt der „Erzählwerkstatt mit Jugendlichen Häftlingen in der JVA-Ossendorf, die Ausstellung in Kalk und das am 14. Mai 2007 in Kalk vorgestellte Buch mit dem Titel „Pop Shop“.

Klaus Jünschke hat mit 20 Jugendlichen Gespräche geführt über ihre Verhaftung, ihre Straftat, die Zeit davor, die Zeit im Knast und die Pläne für die Zukunft. Einfühlsam und respektvoll fotografiert wurde von Jörg Hauenstein und aus 1000 Seiten Manuskript spannende, informative Texte erstellt von Christiane Ensslin.

„Freimütig und offen äußern sich die Jugendlichen über ihre Familien, ihre Kindheit, ihre Straftaten, ihre Träume und Wünsche und ihr Leben im und nach dem Gefängnis. Die Jugendlichen zu Wort kommen zu lassen, bedeutet, sie als Teil unserer Gesellschaft sichtbar zu machen. Nur wer auf soziale Probleme mit immer mehr Polizei und Gefängnissen reagiert und statt der Armut die Armen bekämpft, benötigt jugendliche „Kriminelle“.“

Die öffentliche Diskussion um jugendliche Straftäter endet nach der Feststellung eines gestiegenen gesellschaftlichen Unsicherheitsgefühls und Sicherheitsbedürfnisses in der Logik des Wegschließens. Eine einfühlende oder mitfühlende Hinterfragung der Tat und Reflektion über die Täter wird oft mit dem Vorwurf abgewürgt, es würde sich mehr um die Täter als die Opfer gekümmert.

Die Gespräche im Buch kreisen um Milieu und Drogen. Das Milieu schafft die Atmosphäre der Alltäglichkeit. Ob Du aktuell im Knast oder im Krankenhaus landest, ob Täter oder Opfer, ist oft nur eine Fra-

ge der aktuellen Drogen- oder Alkoholdosis – oder des Trainingszustands.

Das Milieu ist bestimmt durch den zunehmenden Ausschluss von gewünschten sozialen Lebensplanungen, von Beruf, Einkommen und damit möglichen sozialen Bindungen in Familien und Freundschaften. Und was auch deutlich wird: Der Ausschluss wird nach dem Einschluss nicht weniger sondern eher mehr.

In der Einleitung heißt es:" Die Leserinnen und Leser des Buches sollen nicht nur eine Vorstellung davon bekommen, wie aus Kindern und Jugendlichen in Schwierigkeiten, schwierige und schwierigste Jugendliche werden können. Wir denken, dass die Distanz zu ihnen, die durch Klischees wie Brutalo-Kids und Intensivtäter geschaffen wurden, aufzulösen ist, wenn die Betroffenen von sich reden können... Vor allem soll der gezielt inszenierte Eindruck zerstört werden, dass mit diesen Jugendlichen nicht mehr geredet werden kann". Dem ist nichts hinzuzufügen.

Übrigens, zum Titel des Buches:

Pop Shop bezeichnet bei den Gefangenen, aber auch bei der Gefängnisleitung, Freizeitsperren, die verhängt werden, wenn Gefangene beispielsweise die Zelle nicht sauber halten oder nachts aus dem Fenster brüllen. Abgeleitet ist der Begriff von der in den 1970er Jahren sehr beliebten Musiksendung Pop Shop, die immer zu der Zeit auf Sendung ging, in der in den Strafvollzugsanstalten die Zellen verschlossen wurden. Die Jugendlichen, die in diesem Buch zu Wort kommen, haben diesen Titel ausgewählt. *pb* ■

Das aktuelle Buch zum Thema Jugendliche in Haft: Klaus Jünschke, Jörg Hauenstein, Christiane Ensslin: Pop Shop. Gespräche mit Jugendlichen in Haft, ca. 240 Seiten, gebunden mit zahlreichen Fotos, EUR 16.00 SFr 28.60, ISBN 978-3-89458-254-8

Die Ausstellung im Kalk-Karree ist noch bis 3. Juli täglich von 8-16 Uhr geöffnet (Freitag bis 12 Uhr). Im Mittelpunkt der Ausstellung steht eine Gefängniszelle, ein exakter Nachbau der Zellen, in denen Jugendliche in der JVA Köln-Ossendorf untergebracht sind. An den Außenwänden der Zelle sind 23 Tafeln angebracht, die über die sozialen und politischen Zusammenhänge der Jugenddelinquenz informieren.

Kontakt:Kölner Appell gegen Rassismus e.V. , Körnerstr. 77-79, 50823 Köln, Tel.: 9521199, Fax: 9521197, E-mail: koelner.appell@t-online.de, homepage: www.koelnerappell.de

Von „Hellfeldern" und „Dunkelziffern" – Berliner Zustände 2006.

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung

Dieser sogenannte Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung wird von fünf Berliner Projekten erstmals gemeinsam veröffentlicht. Mit dem Titel „Berliner Zustände 2006" spielen wir auf die jährlichen Berichte des Bielefelder Soziologieprofessors Wilhelm Heitmeyer an, die „deutschen Zustände".

Die Vorlage eines Schattenberichtes könnte die Erwartung wecken, dass hier Initiativen im Gegenzug zu den offiziellen Darstellungen das „Dunkelfeld", also die offiziell nicht erfassten Schattenseiten beschreiben. Das ist jedoch nur zum Teil der Fall. Die beteiligten Projekte haben alltäglich mit Menschen und deren Lebenssituationen zu tun, die in den öffentlichen Statistiken nicht auftauchen. Dabei versuchen sie die anderen, unbekannteren Dimensionen der rassistischen und rechtsextremen Bedrohung zu verstehen, um die Fragen der Hilfesuchenden angemessen beantworten zu können. Dadurch sind Einblicke in Vorgänge möglich, die mit den polizeilichen Kriterien nicht erfasst werden. Sei es, weil die Grenze zur kriminellen Handlung nicht überschritten wurde, sei es, weil die Opfer die Polizei nicht einschalten können oder wollen. Um diese Schattenseiten des „Phänomens Rechtsextremismus" geht es also auch.

Gleichzeitig beschreibt aber jedes Projekt in einem eigenen Beitrag auch einen wesentlichen Aspekt der allgemeinen Entwicklung des vergangenen Jahres aus einer eigenen Perspektive, mit einer eigenen Schwerpunktsetzung auf eine Facette des Berliner Rechtsextremismus.

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher verfasste freundlicherweise für uns das Vorwort. Der Journalist Norbert Siegmund kritisiert am Beispiel eines prominenten jugendlichen Neonazi in einem kommentierenden Bericht den Umgang der Justiz mit rechtsextremer Gewalt. Über die Statistik der Gewalttaten berichtet die Opferberatungsstelle ReachOut und bettet die tiefergehende Analyse der Hintergründe in eine Betrachtung gesellschaftlicher Diskurse. Die Pankower Netzwerkstelle moskito resümiert die islamfeindlichen Aktionen in dem Stadtteil Heinersdorf, wo der rassistische Protest gegen den Moscheebau weitestgehend ohne die organisierten Rechtsextremen auskam. Einen detaillierten Rückblick auf den Wahlkampf und die Strategien der Berliner NPD und die damit verbundenen Herausforderungen für das zivilgesellschaftliche Engagement liefert die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR). Das Problemfeld der alltäglichen rassistischen (u.a.) Ungleichbehandlung und Ausgrenzung sowie die Rahmenbedingungen der Anti-Diskriminierungsarbeit werden vom Antidiskriminierungs-Netzwerk Berlin (ADNB) beleuchtet Abschließend steuert das apabiz einen Überblick über die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus im vergangenen Jahr bei, in dem es vor allem um die bewegungsorientierte Neonaziszene und ihre Verbindungen aber auch Abgrenzungen zu NPD und JN geht. Als Heft im Heft liegt die Chronik der rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten in Berlin 2006 bei.

Zusammen machen all diese Beiträge der Initiativen deutlich, dass es um die Interpretation dessen geht, was Rechtsextremismus eigentlich ist, woher er kommt und wie er bekämpft werden kann. Denn Zahlen sprechen nicht für sich, weder die polizeilichen noch die aus wissenschaftlichen Untersuchungen. Sie müssen interpretiert werden und in Beziehung gebracht werden zu dem, was wir vom Rechtsextremismus sonst wissen – im Falle der Berliner Initiativen heißt das vor allem auch, dem Alltag der betroffenen und der engagierten Menschen Rechnung zu tragen.

Eike Sanders und Ulli Jentsch (apabiz), mail@apabiz.de ■

Die Publikation ist im pdf-Format auf den Homepages der beteiligten Projekte erhältlich der in der Druckfassung gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro beim apabiz.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Völkischer Rassismus statt Antiislamismus

Nation & Europa Mai 2007

Rassismus und Revisionismus sind die Themen, die sich wie ein brauner Faden durch das Maiheft von „Nation & Europa“ ziehen: Ersterer teilweise notdürftig getarnt als Furcht vor kultureller, religiöser und nationaler „Überfremdung“, letzterer als offener Freispruch der faschistischen Diktatur. Beginnen wir mit den Versuchen, die Naziherrschaft und ihre Mordpolitik weiß zu waschen:

In seinem Editorial, das früher einmal als „Das Letzte zuerst“ von verschiedenen Autoren stammte und heute eine HARALD-NEUBAUER-Ein-Mann-Show ist, befasst sich der Herausgeber mit dem sächsischen Justizminister Geert Mackenroth und dessen Politik – einem nicht allzu spannenden Provinzthema also. Interessant werden Neubauers Auslassungen an der Stelle, an dem er prinzipiell wird: „In Wirklichkeit wird die Würde der Opfer dadurch verletzt, daß man sie mit solchen Erklärungen zu Abfallprodukten der NS-Herrschaft degradiert. Jedes Verbrechen steht für sich selber und bleibt in der Verantwortung der Täter. Das gilt hüben wie drüben. Kein Engländer ließe sich vorschreiben, der eigenen Opfer nur noch zu gedenken, wenn zugleich auf Churchills Untaten und die englische Kriegserklärung an Deutschland verwiesen wird. Auch in Rußland wirft man Blumen auf die Kriegsgräber, ohne sich Stalins zu grämen. Das Aufrechnen und Relativieren ist ein Privileg bundesdeutscher Moral-Akrobaten“.

Im Prinzip enthält dieser kurze Absatz alles, was das Herz der Ewiggestrigen erfreut: Das Leugnen der Kriegsschuld, die Relativierung der Verbrechen (Churchills „Untaten“ und die Nennung des Namens Stalin, der ohne jedes weitere Attribut bei den N&E-Leser(innr)n offensichtlich genug Hassgefühle auslöst)die Schmähung von Antifaschist (inn)en als „Moral-Akrobaten“. Um die so Beschimpften zu treffen, ist sich Neubauer nicht einmal zu schade, ihnen ihre Nazi-Väter vorzuhalten: „Professor Gerhard Mackenroth, der Vater des sächsischen Justizministers, war führender Bevölkerungswissenschaftler des Dritten Reiches, Mitglied der NSDAP und SA. Schon 1933 hatte er ein Bekenntnis deutscher Hochschullehrer zu Adolf Hitler unterschrieben.... Auch Bischof Wolfgang Huber schob bei seinem jüngsten Besuch in Jerusalem lieber ‚den‘ Christen die Holocaust-Mitschuld zu, anstatt über seinen Vater zu reden. Der bildete zusammen mit Gerhard Mackenroth an der NS-Reichsuniversität Straßburg braunen Politologen-Nachwuchs aus“. Offenbar sollen die Söhne auch noch als Nestbeschmutzer dargestellt werden – in den Augen Neubauers offenbar ein fluchwürdiges Verbrechen.

Wer begann den Zweiten Weltkrieg? Ein gewisser av, vermutlich verbirgt sich hinter dem Kürzel ANTON VERGEINER, weiß es:

„Als Großbritannien Polen im März 1939 den sogenannten ‚Blankoscheck‘ erteilte, war dies der eigentliche Startpunkt für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser ‚Blankoscheck‘ umfaßte eine britische Garantie für Polen, die Warschau in der Folgezeit weidlich ausnutzte – mit verheerenden Folgen. Vorsätzlich verschärfte die polnische Regierung die Spannungen mit Deutschland, trieb die Diskriminierung und Entrechtung der volksdeutschen Minderheit voran und steuerte in blinder Verkennung der Stärkeverhältnisse auf den Krieg zu – alles im Bewusstsein, dass der britische Verbündete Gewehr bei Fuß stand. Am 1. September 1939 war es dann so weit, und am 3. September erklärte London dem Reich den Krieg, den Warschau Europa eingebrockt hatte”. Seinen Beitrag schließt der Autor mit einer handfesten Drohung gegenüber der polnischen Regierung: „Nur in Warschau kommt offenbar niemand auf den Gedanken, daß man gerade dabei ist, einen alten polnischen Fehler noch einmal zu begehen“. Soviel zum Revisionismus.

Das Thema Rassismus handelt ULF WERNER an prominenter Stelle gleich hinter dem Editorial unter der Überschrift „Wenn Brandstifter das Feuer beklagen: ‚Islamisierung‘“ ab. Nach zwei Seiten des Jammerns über eine angeblich stattfindende Islamisierung Deutschlands kommt er zur Sache: Es geht gar nicht bzw. erst in zweiter Linie um Religion: „Nationalbewußte Parteien und Politiker haben das deutsche Volk stets als raumgebundene Abstammungsgemeinschaft begriffen. Die Religion spielt dabei eine untergeordnete Rolle.... Die Zahl der Abstammungsdeutschen, die zum Islam übertreten, ist zwar noch nicht signifikant, wächst aber deutlich. Auch stellt sich so mancher die Frage, ob hereindrängende Schwarzafrikaner christlichen Glaubens wirklich besser zu den Deutschen passen, als etwa muslimische oder schon ‚verwestlichte‘ Türken“. Werner schließt seine Abhandlung mit einer gradezu klassischen rechten Argumentation: „Um so konsequenter sollten deutsche Patrioten dabei bleiben: Feind ist nicht irgendeine Religion, sondern jene ‚Politische Klasse‘, die den kulturellen Unterschied mißachtet, systematische Völkervermengung betreibt und damit Menschen gegeneinander aufbringt, die sich sonst problemlos respektieren würden“.

Bleibt die Frage, wie es mit der rechten Hetze gegen den Bau von Moscheen weitergehen soll, die in verschieden Städten den Hass schürt? „Feind ist nicht irgendeine Religion...“ – sollen sich die geistigen Brandstifter in Köln und anderswo zurückziehen und ihre Agitation stoppen? Weit gefehlt, Werner schafft den geistigen Spagat in seiner Argumentation.

Einerseits: „Widerstand beispielsweise gegen den Neubau von Moscheen kann sich allenfalls noch am Bau und Nachbarschaftsrecht festmachen, nicht aber an dem grundsätzlichen Ziel, die Ausbreitung des Islams zu verhindern“. Und andererseits: „Daß patriotische Bürgerinitiativen und ‚rechte‘ Parteien es stellenweise dennoch versuchen, ist der Tatsache geschuldet, daß man einen publikumswirksamen Aufhänger braucht, um an die Bürger heranzukommen. Diese wachen oft erst auf, wenn die Überfremdung deutlich sicht- und hörbar an ihren Gartenzaun heranrückt. Vorher haben sie zu großen Teilen genau jene Parteien gewählt, denen sich die Massenzuwanderung verdankt“.

tri ■